

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchent-
lich zweimal am Dienstag, Freitag.
Abonnementspreis, mit der Beilage:
Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg.,
vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier
Zustellung ins Haus monatlich
6 Pfg. Botenlohn. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,35 Mk.
Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gepul-
tene Zeile oder deren Raum
20 Pfg. Inserate der sozialdemo-
kratischen Partei und der Freien
Gewerkschaften 10 Pfg. Das Beleg-
exemplar kostet 10 Pfg. Sprech-
stunden der Redaktion, an allen
Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 58.

Danzig, den 16. Juli 1913.

4. Jahrgang.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand
den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 14. September, abends 6 Uhr

nach dem Volkshaus in Jena ein.

Die Eröffnung und die Konstituierung des Parteitages wird
am 14. September stattfinden.

Die Festsetzung der Geschäfts- und der Tages-
ordnung und die Wahl der Mandatsprüfungs-
kommission soll am Montag, den 15. September zu Beginn
der Sitzung vorgenommen werden.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes:
a) Allgemeines. Referent: Genosse Scheidemann.
b) Kasienbericht. Referent: Genosse Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse H. Schulz.
4. Malfeier. Referent: Genosse Ebert.
5. Steuerfrage. Referenten: Genossen Wurm und Dr. Südekum.
6. Anträge.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des
Ortes, an dem der Parteitag 1914 stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag
— die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen —
rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach Para-
graph 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst
eine Genossin sein.

Die Anträge der Parteioptionen müssen spätestens am
12. August im Besitze des Parteivorstandes, zürück:

W. Pfannsch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des Paragraphen 10
Absatz 2 des Organisationsstatuts im Vorwärts veröffentlicht wer-
den und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Den
Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im Vor-
wärts noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend
erzucht, dem Parteivorstande die Namen der gewählten Delegierten
unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die
Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem
müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse
des Lokalkomitees lautet:

H. Leber, Jena, Magdeburger 3.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das
Partei-Bureau verhandelt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen
Der Parteivorstand.

Die neuen Steuern.

Von Dr. A. Südekum, Mitglied des Reichstages.

3. Die Besitzsteuer.

Es ist nicht unmöglich, daß der Wehrbeitrag erheblich mehr
Geld einbringen wird, als Regierung und Reichstag bei Bemessung
der Steuerstaffel voraussehen, denn die Schätzungen des in Deutsch-
land vorhandenen steuerbaren Vermögens weichen so stark von ein-
ander ab, daß sie kaum als eine brauchbare Grundlage für die
Steuerbemessung angesehen werden können. Auf der anderen Seite
wäre bei solcher Unsicherheit in der Schätzung auch ein Minderauf-
kommen theoretisch nicht ausgeschlossen. Damit braucht man indessen
wohl kaum ernsthaft zu rechnen, weil dem die allgemein-finanzpoli-
tischen Wirkungen des Wehrbeitragsgesetzes entgegenstehen. Diese
Wirkungen sind von verschiedener Art und sehr beachtlich. Der
Wehrbeitrag führt nicht nur das Prinzip der direkten Besteuerung
von Vermögen und Einkommen in unser Reichsfinanzsystem ein,
sondern soll auch weiterhin als Ausgangspunkt der direkten Besteue-
rung, zunächst bei der Besitzsteuer, dienen. Nach dem Wehrbeitrags-
gesetz wird am 31. Dezember 1913 im ganzen Reich die Ver-
mögen- und Einkommen (mit Ausnahme der abgabefreien kleinen)
festgestellt und in Listen aufgenommen. Der Stand vom 31. De-
zember 1913 bildet zugleich auch den ersten Stichtag für die Zu-
wachsbesteuerung, denn die erste Zuwachsbesteuerung erfolgt am 1.
April 1917 nach dem Stande vom 31. März 1916 und besteht in
einem Vergleich des dann vorhandenen Vermögens mit dem Stande
vom 31. Dezember 1913. Wehrbeitrag und Besitzsteuer hängen
eng miteinander zusammen: wo der eine aufhört, fehlt die andre ein;
und es ist dabei zu beachten, daß jemand, der zum Wehrbeitrag
sein Vermögen und Einkommen absichtlich oder fahrlässig zu niedrig
angibt, später eine um so größere Zuwachssteuer zu entrichten haben
wird. Das durch die Vermögens- und Einkommensaufnahme vom
31. Dezember 1913 gewonnene steuerstatistische Material wird natür-
lich nicht in stille Kammern eingeschloß, sondern gründlich auch
für die Zwecke der einzelstaatlichen und der gemeindlichen Besteue-
rung verwendet werden. Nach den Erfahrungen, die man mit der
Einführung der Selbsteinschätzung schon früher gemacht hat — in
Baden stieg die Steuereinnahme danach um 40 Prozent! — darf
man erwarten, daß die Einzelstaaten indirekt durch den Wehrbeitrags-
trag ein glänzendes Geschäft machen werden; in Preußen allein
rechnet man auf eine Erhöhung der Einnahmen aus Einkommens-
und Ergänzungssteuer um 40 Millionen Mark; entsprechende Be-
träge würden danach auch den Gemeinden zufließen. Wesentlich
bleibenden Steuern wohl zwei Umstände beitragen: einmal, daß im
Wehrbeitragsgesetz ein Generalpardon für alle bisher verübten
Steuerhinterziehungen bei Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern
ausgesprochen wird; sodann, daß die Strafen für Defraudationen
bei dieser Gelegenheit gegen früher erheblich verschärft wurden.

Man will den hartnäckigen Steuerhütern jetzt noch einmal die
Möglichkeit eines gründlichen Aufräumens mit allen und häufig
durch Jahre hindurch verschleppten Möglichkeiten geben; lassen sie die
ungenützt und ertappt man sie später wieder auf einem fahlen
Pferde, dann werden sie mit Recht ins Gefängnis eingesperrt und
durch die öffentliche Verkündung des Urteils an den Pranger ge-
stellt werden.

Aber nicht nur Staaten, die bereits über Vermögens- und
Einkommenssteuer verfügen, haben ebenso wie ihre Gemeinden auf
diese Weise von der Erhebung des Wehrbeitrags Vorteile: man kann
auch mit Sicherheit annehmen, daß die landesgesetzliche Einführung
von solchen Steuern auch in bisher noch rückständigen Teilen des
Reiches nunmehr rascher vor sich gehen wird.

Für das Reich bildet, wie gesagt, die Veranlagung zum Wehr-
beitrag zugleich auch den Ausgangspunkt der neuen Besitzbesteue-
rung vom Jahre 1917 ab. Brachte der Wehrbeitrag das Prinzip
der Vermögens- und Einkommensbesteuerung, so fügt die Besitz-
steuer auch noch die Elemente der Besteuerung der Kindeserbschaft
hinzu. Besteuert wird nämlich der Vermögenszuwachs, der sich aus
der Vergleichung des Vermögensstandes eines Steuerpflichtigen zu
verschiedenen Zeitpunkten ergibt, wobei der Ursprung des Zuwachses
unberücksichtigt bleibt, also ebensogut in einer Erbschaft, wie etwa in
einem Lotteriegewinn oder in ehrlicher Arbeit liegen kann. Als
Vermögen gilt das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen
nach Abzug der Schulden. Kleinere Vermögen und kleinere Ver-
mögenszuwächse bleiben von der Steuer befreit; auf der anderen
Seite wird der ohnehin gestaffelte Steuerbetrag bei großen und sehr
großen Vermögen durch besondere Zuschläge noch erhöht. Steuer-
frei bleiben danach Vermögen bis zu 20 000 Mark und Zuwächse
bis zu 10 000 Mark. Bei Vermögen zwischen 20 000 Mark und
30 000 Mark unterliegt ein Zuwachs der Besteuerung nur insoweit,
als durch ihn die steuerfreie Grenze von 20 000 Mark überschritten
wird.

Die Steuer, die jährlich eingehoben wird, beträgt für den Er-
hebungszeitraum von drei Jahren bei einem Vermögenszuwachs von:

10 - 50 000 Mark	0,75 Prozent des Zuwachses
50 - 100 000 "	0,90 " " "
100 - 300 000 "	1,05 " " "
300 - 500 000 "	1,20 " " "
500 - 1 000 000 "	1,35 " " "
über 1 000 000 "	1,50 " " "

Dazu tritt dann (bei großen und sehr großen Vermögen) der
schon erwähnte Zuschlag, wonach sich der Steuerfuß erhöht bei Ver-
mögen von:

100 - 200 000 Mark	um 0,1 Prozent des Zuwachses
200 - 300 000 "	0,2 " " "
300 - 400 000 "	0,3 " " "
400 - 500 000 "	0,4 " " "
500 - 750 000 "	0,5 " " "
750 - 1 000 000 "	0,6 " " "
1 - 2 000 000 "	0,7 " " "
2 - 5 000 000 "	0,8 " " "
5 - 10 000 000 "	0,9 " " "
über 10 000 000 "	1,0 " " "

Wie beim Wehrbeitragsgesetz, sind auch bei der Besitzsteuer für kin-
derreiche Familien recht weitgehende Ermäßigungen vorgesehen;
für jedes dritte und folgende Kind braucht man 5 Prozent weniger
Steuern zu zahlen, wenn das Vermögen nicht 100 000 Mark über-
steigt. Eine andere Erleichterung kommt dem unmündigen Kinde
zugute, das von seinen Eltern erbt; übersteigt sein Vermögen
50 000 Mark nicht, dann ermäßigt sich die Abgabe, die es zu leisten
hätte, um 5 Prozent für jedes Jahr bis zur Vollendung des 21.
Lebensjahres, allerdings nicht mehr als 50 Prozent des ursprüng-
lichen Steuerbetrages.

An dem Grundgedanken dieser Besitzsteuer hat man vielfach
mit Recht herbe Kritik geübt. Aus unseren Reihen erscholl sie
kaum schroffer, als aus dem Munde des preussischen Finanz-
ministers, der durch seinen offiziellen Lokalanzeiger noch in letzter
Stunde einen donnernden Artikel dagegen vom Stapel gelassen hat.
Niemand kann übersehen, daß es grundsätzlich viel richtiger wäre,
das Vermögen selbst, nicht aber nur den Vermögenszuwachs zum
Gegenstand einer Steuer zu machen. Die Zuwachssteuer läßt unter
Umständen gewaltigen und alten Besitz, der von einem verschwende-
rischen Menschen schlecht bewirtschaftet wird, ganz frei, während sie
das mühsam und unter Entbehrungen aller Art ersparte Kapital
eines Angehörigen des Mittelstandes immer wieder erfaßt; sie trifft
sicherlich die städtische und industriell tätige Bevölkerung schärfer
als die ländliche, den Kräftigen und Fleißigen härter als den Faulen
und Verschwender; kurzum, sie ist nichts weniger als eine ideale
Steuer. Aber während sie in punkto Gerechtigkeit den Vergleich
mit jeder der bestehenden indirekten Reichsteuern sehr bequem aus-
hält, hatte sie das Entschuldigende für sich, daß sie durchzuführen war,
wogegen die Reichsregierung eine reine Vermögenssteuer infolge
des wütenden Widerstandes namentlich aus Sachsen in allen Stä-
dien der Verhandlungen als ganz unannehmbar erklärte. Zur Aus-
wahl stand also nicht etwa die reine Vermögenssteuer auf der einen
oder die Vermögenszuwachssteuer auf der anderen Seite, sondern
nur Zuwachssteuer oder irgendeine indirekte Belastung von Ver-
kehr oder Verzehr. Von diesen beiden Lebens ist die Vermögenszu-
wachssteuer, da sie nach ihrer ganzen Ausgestaltung unbedingt nur
die wohlhabenden und leistungsfähigen Kreise der Bevölkerung
trifft, ohne jeden Zweifel als das kleinere vorzuziehen. Namentlich
spricht aber auch zu ihren Gunsten, daß sie vermutlich nicht lange so,
wie sie jetzt ist, bleiben wird. Die Junker haben mit ihren geschätz-
ten Klassen- und Portemonnaieinstücken sehr richtig und sehr rasch
erkannt, daß diese Zuwachssteuer die Reime mancher Verbesserung
in ihrem Schoße trägt; sie eröffnet uns den Weg zu der in unserem
Programm geforderten direkten Besteuerung des Einkommens und
Vermögens, verraumt auch in demselben Maße den Rückweg zu
schmächtig ungerechten indirekten Abgaben.

4. Agrarier und Fürsten.

Mit Nachdruck hat man darauf hingewiesen, daß sowohl in
dem Gesetz über den Wehrbeitrag wie im Besitzsteuergesetz den
Agrariern nach alter schlechter Gewohnheit eine besondere Ver-
günstigung gewährt worden sei. Dadurch, daß man vorschrieb, der
Wertbestimmung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke solle
nicht wie bei anderen Vermögensobjekten der gemeine Wert oder
der Verkaufswert, sondern das 25fache des Reinertrages zugrunde
gelegt werden, öffnete man in der Tat der Willkür ländlicher Ver-
anlagungsbehörden Tor und Tür. Es ist bekannt, daß namentlich
in Preußen der Ertrag von Landgütern, wenn es sich um die
Steuererklärung handelt, sehr niedrig angesetzt zu werden pflegt.
Wir brauchen nur an die Enthüllungen zu erinnern, die ein so kon-
servativer Mann wie Professor Hans Delbrück in den Preussischen
Jahrbüchern über die Steuerpraxis der Agrarier gemacht hat,
Darlegungen, die zwar heftig angegriffen, aber in ihrem Kern nicht
erschüttert werden konnten. Die meisten Ostelbier würden große
Augen machen, wenn ihnen ein Kauflehaber nur das 25fache
dessen als Kaufpreis für ihr Gut bieten wollte, was sie selbst bei der
Steuererklärung als Ertragswert angaben, oder was die Ver-
anlagungskommission unter dem Vorbehalt des verhältnismäßigen
Landrats schätzungsweise „ermittelte“. Man kommt nicht um das
herum, was der Senatspräsident beim preussischen Obergerichts-
verwaltungsgericht, Herr Struß, gleich bei der Eröffnung der Diskus-
sion über den Wehrbeitrag in der Deutschen Juristenzeitung schrieb:

„Im Rahmen des Wehrbeitrags bietet das Prinzip der
Wertbemessung land- und forstwirtschaftlich genutzter Grund-
stücke nach dem Ertragswert eine wenn möglich noch hankebüh-
nere Verkennung der steuerlichen Gerechtigkeit, als in dem preußi-
schen Ergänzungsteuergesetz und im Erbschaftsteuergesetz.“

Obgleich auch sonst in der Debatte innerhalb und außerhalb
des Reichstages diese Ungerechtigkeit immer wieder scharf hervor-
gehoben wurde, gelang es doch nicht, in diesem Punkte eine Ver-
änderung zu erzielen, namentlich, weil der rechte Flügel der National-
liberalen aus Rücksicht auf seine agrarischen Wähler mit den Kon-
servativen und dem Zentrum eine unerschütterliche Schutztruppe
für den Grundbesitz formierte. Für den Großgrundbesitz — denn
der kommt beinahe allein hier in Frage, — weil bei den Klein-
bauern der Reinertrag aus ihren Grundstücken von den Steuerbe-
hörden in der Regel recht hoch angesetzt wird, namentlich dort,
wo die Ertragssteuern die Basis des staatlichen Finanzwesens bil-
den, wie in Bayern. Es war daher eine eigene Schutzvorschrift
für die Bauern und für den städtischen Grundbesitz insofern un-
erlässlich, als man ihnen im Besitzsteuergesetz freistellte, wenigstens
auf Antrag den gemeinen Wert ihres Anwesens bei der Steuer-
erklärung einsehen zu dürfen.

Die Erörterung über die Bevorzugung der Agrarier durch die
Wertermittlung nach dem Ertragswert hat sich übrigens, wie nebenbei
bemerkte sei, mehrfach in verkehrter Richtung bewegt. Man hat auf
Anzeigen in agrarischen Blättern hingewiesen, worin Güter zum
Beispiel für den „95fachen Reinertrag“ zum Kaufe angeboten wur-
den und daraus geschlossen, die Begünstigung der Agrarier in den
neuen Gesetzen sei noch viel größer, als man annehme. Diese An-
sicht beruht aber auf eine zu Mißverständnissen führende doppelte
Verwendung des Wortes „Reinertrag“. Der in den genannten
Anzeigen genannte „Reinertrag“ ist nicht dasjenige, was das Besitz-
steuergesetz und der Wehrbeitrag unter dem Ausdruck verstehen,
sondern der kastrierte Grundfeuertreinertrag, der in Preußen nach
dem Gesetz von 1861 festgelegt und seither allen Veränderungen
und aller Entwicklung unseres gesellschaftlichen, politischen und
ökonomischen Lebens zum Trotz immer noch aufrecht erhalten blieb.
Es würde direkt gegen die neuen Gesetze verstoßen, wollte man
dieser alten Katastermaßstab der Wertermittlung zugrunde legen;
vielmehr handelt es sich nach dem Willen des Gesetzgebers jetzt
um den wirklichen, bei ordentlicher Bewirtschaftung erzielenden
Ertrag, das heißt um das, was ein Grundstück gegen die hineingesteckte
Arbeit und das hineingesteckte Kapital dar-
geboten hat.

Die Steuerpflicht der Fürsten ist im Wehrbeitragsgesetz aus-
gesprochen, fehlt dagegen im Besitzsteuergesetz. Die Kommission
hatte einen sozialdemokratischen Antrag, sich auch dort zu stipulieren,
abgelehnt; das Plenum des Reichstages hatte sie in zweiter Lesung
zunächst hineingeschrieben, nahm sie aber in der dritten dann wieder
heraus. Inzwischen hatte nämlich die Regierung mit Schraube
und Pressen gearbeitet. Von Anfang stellte die Regierung die
Fiktion auf, daß die Fürsten den Wehrbeitrag als ein einmaliges
„patriotisches Opfer“ freiwillig leisten wollten, dagegen kraft
„Gemeinen Deutschen Staatsrechts“ im übrigen von direk-
ten Steuern ausgenommen seien. Gegen die Haltbarkeit dieser
Auffassung spricht der entscheidende Umstand, daß das berühmte
„Gemeine Deutsche Staatsrecht“ nirgend anders als in der Phant-
astie dienstbeflissener Staatssekretäre besteht. Die Mehrheit des
Reichstages hat sich darüber in sehr deutlichen Ausführungen aus-
gesprochen. Wenn sie dennoch beim Besitzsteuergesetz nicht auf
ihrem Beschlusse bestehen blieb, so ist sie lediglich dem vom Reichs-
kanzler und den Bundesratsbevollmächtigten, wie schon erwähnt,
in letzter Stunde ausgeübten Druck gemichen, obgleich es aus politi-
schen Gründen undenkbar schien, daß das Gesetz an diesem Punkte
trotz aller Beteuerungen der Regierung hätte scheitern können. Das
wäre fürwahr ein lustiger Wahlkampf geworden, dessen Parole
gewesen wäre: Für oder gegen die Steuerfreiheit der Fürsten!

Immerhin hat der sozialdemokratische Vorstoß auch in dieser
Sache erhebliche Erfolge gezeitigt. Einmal hat, was den Wehrbeitrags-
trag anlangt, der Schatzsekretär erfahren müssen, daß die Fürsten
die vollen Sätze des Beitrages nach den Vorschriften des Gesetzes
zahlen müssen, während es in der Begründung des Entwurfs nur
ganz allgemein hieß, daß sich die Fürsten an dem Wehrbeitrag „be-
teiligen“ würden, ein Versprechen, das schließlich durch die Spende
einer Fünfpfennig-Briefmarke dem Wortlaut nach erfüllt gewesen
wäre. Etwas aber ist immer wieder, und zwar gerade auch beim
Besitzsteuergesetz, betont worden: daß an der Steuerpflicht der
Fürsten nach Ansicht der überwältigenden Mehrheit des Verla-

ments kein Zweifel bestehe und daß die Steuerpflicht gerade durch die Abhebung begründet werde. Noch mehr: laut Wertungsgesetz vom 14. Februar 1911 ist die Steuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstin ausdrücklich als Unabwendigkeit festgelegt worden.

Da das steuerliche Material über Beitrags- und Besitzsteuer dem Reichstag regelmäßig vorgelegt werden muß, wird sich immer wieder Gelegenheit bieten, das Thema der Steuerpflicht der Fürsten anzuschneiden. Und das wird so lange und so nachdrücklich geschehen, bis die Herrschaften sowasgesehen schließlich um die Erlaubnis bitten werden, die direkten Steuern auch, wie jeder andere nach seinen Umständen steuerpflichtige Angehörige des Deutschen Reiches, zahlen zu dürfen.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Übersicht.

Das „genasführte“ Bürgertum.

Die in Berlin erscheinende Zeit am Montag ist ein Blatt, auf dessen demokratische Bestimmung mehr zu geben ist, als auf die selbst der „entschiedensten“ Liberalen. Auch der Oberst Gädke, der ihm neuerdings die Leitartikel liefert, hat oft genug Proben seiner aufrechten demokratischen Haltung geliefert. Gerade deswegen ist das Beispiel dieses Mannes und dieses Blattes wertvoll dafür, wie abgrundtief die Kluft zwischen bürgerlichem und sozialistischem Denken kluft, und wie wenig dabei zufällige persönliche Eigenschaften zu besagen haben. Oberst Gädke ist Demokrat, aber ein bürgerlicher Demokrat, und wie sehr ihn das von der Sozialdemokratie scheidet, dafür legt jede neue Gelegenheit ein neues Zeugnis ab. Aus Anlaß der Reichstagsdebatten über Heeresvermehrung und neue Steuern hat er in der Zeit am Montag einen Artikel veröffentlicht, worin er die Meinung vertritt, durch den Ausgang dieser Verhandlungen sei das deutsche Bürgertum „genasgeführt“ worden! Die ganze Wehrvorlage sei „nichts als ein großer Bluff“ gewesen, auf den das Bürgertum hereingefallen sei. Worin dieser Bluff bestanden haben soll, wollen wir mit seinen eigenen Worten wiedergeben:

„Wenn das Bürgertum sich nicht von vornherein mit der gleichen Entschlossenheit wie die Arbeiterschaft gegen diese übertriebenen und letzten Endes nutzlosen Forderungen ausgesprochen hat, so war es, weil es in seiner Verzagtheit und seinem noch nicht oft genug entäußerten Vertrauen auf unsere Bureaucratie sich wahrhaftig einreden ließ, daß da drüben am Balkan eine neue Großmacht entstanden sei, die die militärische Stellung des Dreibundes erheblich schwäche, und weil es hoffte, durch so gewaltige Opfer sich den Frieden zu sichern.“

Nun aber sei dieser Bahn durch den Gang der Ergebnisse bereits widerlegt, und so komme dem Bürgertum „spät, aber mit unüberwindlicher Stärke“ die Erkenntnis, daß man es an der Nase herumgeführt hat. — Nach dieser Auffassung des Oberst Gädke würde also die Wehrvorlage abgelehnt worden sein, wenn das deutsche Bürgertum sich nicht hätte einfeilsen lassen. Man braucht den Gedanken bloß ein wenig weiter auszuspannen: abgelehnt, von wem? Von den Freisinnigen, Nationalliberalen, den bürgerlichen Vertretern des Zentrums? Selbst vor die tieferen Zusammenhänge nicht k. mt., sondern nur einen gesunden politischen Instinkt hat, wird sich bei dieser Vorstellung wohl kaum eines Lächelns erwehren können. Aber nun meint freilich Herr Gädke, die Schuld liege an den Abgeordneten; die hätten entgegen den Wünschen ihrer Wähler gehandelt. Dem widerspricht jedoch, was er selbst über die Haltung der liberalen Presse sagt:

„Außer uns (das heißt der Zeit am Montag) hat nur die Frankfurter Zeitung die Wehrvorlage von vornherein entschlossen bekämpft; die anderen linksliberalen Blätter haben sie teils unterstützt, teils keinen Widerspruch gemacht.“

Ein höchst merkwürdiges Resultat, zu dem wir da kommen: die liberalen Abgeordneten haben die Vorlage angenommen, die liberale Presse hat sie unterstützt, jedenfalls nicht bekämpft — und das alles soll wider den Willen der liberalen Wähler gewesen sein! Aber

doch auch wieder nicht gegen ihren Willen, nun die haben sich ja — siehe oben — von der Bureaucratie einfeilsen lassen und keinen entschiedenen Widerstand geleistet.

Es ist nicht ein wahrer, Labrynth, in das uns der Gedankengang des Herrn Gädke führt? Und doch von seinem Standpunkt aus ganz konsequent. Selbst ein aufrechter Demokrat, glaubt er an ehrliche Demokratie im Bürgertum. Wenn aber die vorhanden ist, so läßt sich das nur bei einer Irreführung erklären, der das Bürgertum zum Opfer gefallen sei. Diese Annahme jedoch führt zu dem Rattenkönig von Irrgängen, den wir oben skizzierten.

Der Rätsels Lösung finden wir, sobald wir der Boden bürgerlicher Denkwiese verlassen, die das Tun der Menschen auf ihre vorher gefassten Meinungen zurückführt. Ihr Verhalten, zumal in der aktuellen Politik, wird nicht von schönen Deklamationen über aufrechte Gesinnung diktiert, sondern von ihren Klasseninteressen. Im deutschen Bürgertum ist man hier und da nicht gerade erkrankt über die steigenden Lasten des Militarismus und die Unbequemlichkeiten, die damit auch dann verknüpft sind, wenn das Proletariat diese Lasten trägt; aber man hat doch ein sicheres instinktives Gefühl dafür, daß das eigene Klasseninteresse die Annahme der Wehrvorlage erheische. Der wahre Grund ist von uns oft genannt worden. Es ist die Kolonial- und Weltmarktpolitik, die das Kapital — das heißt das bestehende Bürgertum — aus Gründen wirtschaftlicher Expansion unternimmt. Sie liegt nur im Interesse des Bürgertums; dem Proletariat wäre vielmehr durch Verbesserung des inneren Marktes gebietet. Und sie trägt die Gefahr kriegerischer Verwicklungen mit anderen Völkern in hohem Maße in sich. Deshalb ist es der heisse Herzenswunsch des bestehenden Bürgertums, immer mehr und immer mehr zu rüsten, um, wenn die Stunde naht, das Feld behaupten zu können. Und zu rüsten natürlich in der Form des stehenden Heeres. Denn die Volkswehr würde zwar zu billigen Kosten mehr Soldaten liefern, aber es ist doch zweifelhaft, ob sich ihr der Kadavergehörig andressieren ließe. Sie wäre deshalb ein vorzügliches Instrument zur Verteidigung des Landes, wenn es von irgendwelchen Barbaren überfallen würde. Aber ob sie ebenso gut zu brauchen wäre zu einem Kriege, der nicht im Interesse des Landes, sondern nur im Interesse der bestehenden Klassen geführt würde, dessen ist sich das bestehende Bürgertum nicht so ganz sicher. Deshalb will es von der Volkswehr nichts wissen, sondern betreibt die Rüstung mit allem Eifer in der Form, daß das stehende Heer immer noch mehr vergrößert werden soll. Diese Zusammenhänge sind natürlich nicht etwa jedem Mitglied der Bourgeoisie in jedem Augenblick klar bewußt, aber instinktiv empfindet sie jeder, und sie sind es, die das Verhalten des Bürgertums, seiner Abgeordneten, seiner Presse und seiner Wähler bestimmen.

Wie naiv ist es, dem gegenüber anzunehmen, daß nur „genasgeführt“ worden sei! Wie naiv war es aber auch im vorigen Jahre, über die „Majorität der Linken“ zu jubeln, die angeblich durch die letzte Reichstagswahl geschaffen sei! Wir haben damals gleich gefast, daß in allen wichtigen Fragen, insbesondere in Fragen der Heeresvermehrung, die Liberalen sich auf die Seite der übrigen bürgerlichen Parteien schlugen würden. Daß nun Herr Gädke dies nicht aus ihren Klasseninteressen erklärt, sondern aus ihrer angeblichen Ueberlistung, das zeigt, wie himmelweit auch der aufrecheste bürgerliche Demokrat noch von uns entfernt ist.

Deutschland.

Zentrum, Regierung und Wehrvorlage.

Die Kölner Correspondenz kündigt in ihrer neuesten Nummer (23) an, daß das republikanische Volk dem Zentrum bei künftigen Wahlen noch weit mehr als bisher seine Grundhaftigkeit und sein Vertrauen noch der Günst der Regierung heimzahlen werde. Zunächst erinnert die Kölner Correspondenz daran, wie sie, als die ersten Anzeichen der Wehrvorlage in der Presse erschienen, im Voraus die Komödie geschildert hat, die das Zentrum dieser Vorlage

gegenüber aufführen werde, und die es namentlich zu Ende gespielt habe: „Zuerst Entrüstung, dann Ablehnung der Vorlage, weil sie überflüssig sei, dann bedingte Annahme, schließlich glatte Bewilligung!“ In der Septennatszeit, so schreibt die Kölner Correspondenz weiter, „als Windsturm noch lebte, mußte der Papst die Zentrumskolonnen bewegen, gegen ihren Willen durch Stimmhaltung die Wehrvorlage zu sichern.“ Seither aber habe das Zentrum unter Kölner Regie für die Bedürfnisse der deutschen Wehrkraft zu Wasser und zu Lande „ein wachsendes Verhängnis gezeugt“. Schon die große Wehrvorlage unter Caprivi würde ohne den Widerstand der süddeutschen Zentrumselemente gleich im ersten Anlauf bewilligt worden sein; da aber die Süddeutschen mit bismarckischer Verbtheit einen offenen Kampf in sichere Aussicht stellten, hätten die Oberregisseure der „braven Wählerchaft“ klar gemacht, daß die Begründung der Vorlage mit der Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten eitel Wangemacherei“ sei. Wenn auch die süddeutschen Eigenbrötler noch nicht alle geworden seien, so könnten sich die „Köln-Blasbäcker“ auf die mittlerweile total verköhlten Unterführer verlassen, und „darum wird bewilligt, und die Regierung kann sich von der Befähigung des Zentrums zum Regieren immer mehr überzeugen.“ Regieren heiße laviere, und wer laviere wolle, dürfe in seiner Bewegungsfreiheit durch Prinzipien nicht behindert werden. Prinzipien aber kenne das Kölner Zentrum nicht, keine religiösen und keine wirtschaftlichen, „denn es ist die Partei aller wirtschaftlichen Interessen, die alle miteinander nach dem Rezept des Interessenausgleiches vertreten werden sollen, also eine Elmonadenpartei, wie die Regierung sie gerade braucht.“ Wenn diese Prinzipienlosigkeit der gegenwärtig maßgebenden Zentrumskolonnen dem katholischen Volk zum Bewußtsein komme, dann sei das Ende des Zentrums nahe. Ein großer Teil der Katholiken stimme nicht etwa für das Zentrum, weil es vor zwei Jahren eine halbe Milliarde neuer Steuern und jetzt die Wehrvorlage mit einer ganzen Milliarde bewilligte, auch nicht wegen der Phrase vom Interessenausgleich und nicht wegen der anderen Phrase von der gemeinsamen christlichen Weltanschauung, sondern das Volk halte das Zentrum immer noch für die Partei der katholischen Weltanschauung, die es aber nach der Erklärung des Dr. Porck und der anderen Bachemiten nicht sei. Wenn nach der Ansicht dieser Herren das Zentrum nicht nach katholischer Elle messe, das katholische Volk aber messe darnach und werde die Zentrumskandidaten und die ganze Partei darnach messen. In Köln, Düsseldorf und an anderen Plätzen hätten bei den letzten Reichstagswahlen „ganze Gruppen katholischer Handwerker und Gewerbetreibender, die bisher entschiedene Zentrumsanhänger waren, nicht mehr fürs Zentrum gestimmt, weil sie sich sagten: Das Zentrum will mit unserer religiösen Ueberzeugung nichts zu tun haben, und unsere wirtschaftlichen Interessen werden ebensogut oder noch besser durch andere Parteien vertreten.“ Der Artikel der Kölner Correspondenz schließt:

„Wenn wir daselbe Schauspiel bei den künftigen Wahlen erleben, dann wird daran ein gewisses Streberium schuld sein, welches bei vollkommener Grundhaftigkeit nichts anderes sucht als die Günst der Regierung, bei jeder Wehr- oder Steuervorlage aber den Wählern eine Entrüstungskomödie vorgaukelt.“

Die Kennzeichnung, die hier dem in der Tat völlig grundhaltigen Zentrum widerfährt, trifft fast in allen Einzelheiten so sehr ins Schwarze, daß man hinter dem Artikelschreiber einen der intimsten Kenner der zentrumlichen Gaunerpolitik, einen Mann vermuten muß, der lange Jahre mit dabei gewesen ist, wenn die Zentrumsführer das gekaupte Volk immer wieder an die Junterregierung verkauft haben. Der Artikel könnte zum Verfasser den von den Bachemiten hinausgeschickten ehrlichen Kooren haben.

Der Professor und die Sozialdemokratie.

Ueber „Unsere Politik“ orakelt im Tag das Herrenhausmitglied Professor Reinte. Es würde sich nicht lohnen, auf die harmlosen Betrachtungen dieses Vertreters der deutschen Intelligenz einzugehen, wenn nicht das, was er über die Sozialdemokratie sagte, so niedrig und naiv wäre, daß wir den Verzicht auf die

trank eben immer, bis man am Tisch einschleift. Die Veteranen leerten dann die Krüge der Betrunknen, indem sie sangen: „Uns ruft der Ruhm.“

Ich danke jedesmal Gott, daß ich meinen Mut auf anständigere Weise aufrecht erhalten konnte.

So ging's bis zum 25. Januar. Schon seit einigen Tagen waren große Trupps fremder Rekruten, Piemontesen und Genuesen, in der Stadt eingetroffen; die einen dick und rund, breitkrämpige, spitze Hüte auf den Krausköpfen, in groben Hosen und ähnlliche rote Weste gekleidet, welche an der Hüfte ein lederner Riemen umgab. Sie trugen unförmliche Schuhe, legten sich ohne weiteres auf den schmutzigen Boden der Markthalle und aßen ihre Käse und Brot aus der Hand. Die andern, dürr, lang und braun, zitterten schon vom bloßen Anblick des Schnees in ihren langen Weinwandkitteln, und blickten traurig und finstern aus ihren großen schwarzen Augen.

Sie egerzierten alle Tage auf dem Marktplatz und waren in der Infanterie-Kaserne einquartiert bis zu ihrem Umarsch nach Mainz, wo sie in's sechste Infanterie-Regiment eingeteilt werden sollten.

Der Hauptmann, welcher die Rekruten unter sich hatte und Vidal hieß, wohnte gerade über uns im nämlichen Hause. Er hatte eine vieredrige, untersehte Gestalt, war aber äußerst freundlich und gutmütig. Als er einmal zu uns kam, um seine Uhr auszubessern zu lassen, und erfuhr, daß ich auch Rekrut sei und fürchte, die Strapazen des Feldzuges nicht aushalten zu können, tröstete er mich, indem er wohlwollend meinte, das sei lediglich Gewohnheitsache, nach fünf oder sechs Monaten sei einem Marschieren und Fechten so notwendig wie Essen und Trinken, ja vielen werde es so zur Gewohnheit, mit Flinten und Kanonen auf die Leute zu schießen, daß sie ganz unglücklich seien, wenn sie diesen Genuß zeitweilig entbehren müßten.

Wir wollten diese Beweisführung nicht ganz einleuchten, um so weniger, wenn ich sein Gesicht betrachtete, das auf der einen Seite ganz schwarz war von tief in die Haut gedrungeren Pulverkörnern; ein Ruffe, so erzählte er, hatte ihm sein Pistole beimache dicht unter der Nase abgebrannt, und daher kam diese unbedeutende Alteration seiner Hautfarbe. Ich schloß übrigens neue Hoffnung, als ein Tag nach dem andern verging, ohne daß man nach mir fragte; ich glaubte schon, man werde mich vergessen, wie den großen Jakob vom Geishofe, und die Tante Gretel bestärkte mich noch in dieser Ansicht, als zu meinem größtem Schrecken am Morgen des 25. Januar, da ich eben im Begriff war, mich nach Bierwinden auf den Weg zu machen, Herr Gulden, der ganz nachdenklich an seinem Arbeitstisch saß, sich mit nassen Augen nach mir umwandte und sagte:

„Höre, Josef, ich wollte dir nur den Schlaf nicht verderben, aber einmal mußst du es doch erfahren: gestern abend war der Landjäger-Korporal hier und brachte deine Marschrute. Du gehst mit den Piemontesen und Genuesen nach Mainz; noch fünf oder sechs Burischen aus der Stadt gehen mit, darunter der junge Klippel, der junge Wörig, Johann Leger und Kaspar Zebedäus.“

Ich fiel sprachlos auf einen Stuhl. Herr Gulden zog die schön geschriebene Marschrute hervor und begann sie mir langsam vorzulesen; ich hörte nur die Worte, daß Josef Berthold aus Palzburg, Kreis Saarburg, dem sechsten Linien-Infanterie-Regiment zugeteilt sei und am 29. Januar bei seiner Abfertigung in Mainz einzutreffen habe.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Rekrut von Anno 1813.

Von Erdmann-Chatrian.

11] Autorisierte Uebersetzung von Ludwig Pfau.

Dabei lief er mit großen Schritten im Zimmer auf und ab; nachdenkend wachte er an seiner Brille, als die Tante wieder anhub:

„Aber diese Schurkenstreiche sollen sie nichts helfen; heute Abend ist Josef schon im Gebirge, auf dem Wege nach der Schweiz.“

Bei diesen Worten machte Herr Gulden eine bedenkliche Miene und antwortete nach einem Augenblick:

„Es ist ein Unglück, ein Unrecht, denn er hintz gewiß und wahrhaftig; aber das Desertieren ist eine schlimme Sache. Sie geben ihm da keinen guten Rat.“

„Einen schlechten Rat! so, also Sie gehören auch zu denen, die wahre jungen Leute abschlagen lassen wollen?“

„Gott bewahre mich!“ erwiderte er, „ich bin kein Freund von Kriegen, namentlich nicht von solchen, wo Hunderttausende für den Ruhm eines Einzelnen ihr Leben verlieren. Aber diese Kriege sind zu Ende, nicht mehr, um Ruhm und Königreiche zu gewinnen, hebt man jetzt Soldaten aus, sondern um das Land zu verteidigen, das man durch Torheit und Ehrgeiz ins Verderben gestürzt hat. Man würde in diesem Augenblick gewiß gerne Frieden machen. Aber unglücklicherweise rüden die Russen heran, die Preußen verbünden sich mit ihnen, und auch unsere guten Freunde, die Oesterreicher, warten nur auf eine günstige Gelegenheit, um über uns herzufallen. Gehen wir nicht bei Zeiten auf sie los, so kommen sie zu uns; denn jetzt werden wir ganz Europa, wie 1793, auf dem Halse haben. Das ist also eine ganz andere Geschichte, als unsere Kriege mit Spanien, Rußland und Deutschland. Und selbst ich, Mutter Gretel, so erwiderte ich, würde mich schämen, ihnen in der Schweiz zu machen, während andere mein Land verteidigen helfen, und ich bin bereit, wenn die Gefahr da ist. Uebrigens muß ich Ihnen sagen, daß die Deserteure überall verachtet werden. Hat man einmal einen solchen Greuel gemacht, ist man nirgends mehr zu Hause, und hat weder Vater noch Mutter, weder Heimat noch Vaterland mehr. Man hat sich damit der Erfüllung seiner heiligsten Pflicht selber für unfähig erklärt, der Pflicht, sein Vaterland zu lieben und zu verteidigen, selbst wenn es Unrecht hat.“

Er schwieg erkömpf und setzte sich ernst zu Tisch. „Wie wollen jetzt essen“, fuhr er nach einer Weile fort, „es ist Mittag. Tante Gretel und Kathrine, setzt euch her.“

Sie legten sich, und wir aber? Ich dachte über die Worte des Herrn Gulden nach, und sie schienen mir nicht zu verwerfen. Die Tante Gretel klemmte die Lippen zusammen und ich mich von Zeit zu Zeit an, um meine Gedanken zu ermann. Endlich konnte sie sich nicht länger halten und sagte:

„Und ich, ich über mich den Kuckuck um ein Land, wo man die Wäher wegmimmt, nachdem man die Söhne weggenommen hat? Ich an Josef's Stelle, so möchte ich, daß ich fortkäme.“

„Hören Sie, Tante Gretel,“ antwortete ich, „Sie wissen wohl, daß mir nichts auf der Welt lieber ist, als Ruh und Friede; allein ich habe keine Lust, mich wie ein Heimloser in der Fremde umherzutreiben. Dessen ungeachtet werde ich nun, was Kathrine für des beste hält: wenn sie sagt, ich soll in die Schweiz, so geh' ich.“

Da senkte Kathrine den Kopf, um ihre Tränen zu verbergen, und sagte ganz leise:

„Ich will nicht, daß man dich einen Deserteur heißen kann.“

„Nun gut, so werde ich es machen wie die andern,“ rief ich aus; „da die jungen Leute von Palzburg und vom Datzberg in den Krieg marschieren, so werde ich mitgehen.“

Herr Gulden machte keine weitere Bemerkung.

„Jeder ist frei,“ sagte er, „aber es freut mich, daß Josef ebenso denkt wie ich.“

Es trat eine tiefe Stille ein. Gegen zwei Uhr erhob sich Tante Gretel und nahm ihren Korb. Ganz niedergeschlagen sagte sie zu mir:

„Josef, du hast nicht auf mich hören wollen; aber gleichviel, das alles wird ein Ende nehmen. Mit Gottes Hilfe kommst du wieder heim, und Kathrine wartet auf dich.“

Kathrine fiel mir um den Hals; sie weinte bitterlich, und ich noch mehr wie sie; selbst Herr Gulden wischte sich die Augen.

Endlich gingen die beiden Frauen; die Tante rief noch einmal die Treppe herauf:

„Wenn du es machen kannst, komm' noch ein- oder zweimal zu uns hinaus, Josef!“

„Gewiß,“ antwortete ich, indem ich die Türe schloß.

Ich konnte mich kaum mehr auf den Füßen halten; nie hatte ich mich so unglücklich gefühlt, und selbst heute noch, wenn ich daran denke, dreht sich mir das Herz um.

VII.

Von diesem Tag an war ich für nichts mehr zu gebrauchen; ich versuchte oft zu arbeiten, aber es ging nicht; meine Gedanken waren anderswo, und Herr Gulden sagte endlich selbst:

„Plage dich nicht, Josef; benütze die Zeit, welche dir noch übrig bleibt, die Tante und Kathrine zu besuchen; dort wirst du dich leichter fühlen.“

Ich ging also fortan jeden Morgen nach Bierwinden und blieb dort den ganzen Tag. Auch dort verließ mich die melancholische Stimmung nicht ganz, wir waren aber doch wieder unaussprechlich glücklich, uns noch zu besitzen, und Kathrine versuchte sogar einigemal zu singen, wie früher; aber die Stimme versagte ihr plötzlich, und sie fing zu weinen an, worauf Tante Gretel jedesmal in Mut geriet und die ganze Aushebungs-Kommission an den Galgen wünschte.

Abends gegen acht oder neun Uhr kehrte ich in die Stadt zurück, wo ich im Vorbeigehen alle die kleinen Kneipen mit Rekruten und alten Soldaten angefüllt sah, die zusammen tranken. Die Rekruten mußten natürlich bezahlen, während die Alten, die schmutzige Mütze aufs Ohr gerückt und den Schnurrbart streichend, mit wichtiger Miene von ihren Schicksalen, Märchen und Quellen erzählten.

Man konnte nichts Abweichendes sehen, als diese Köcher voll Rauch und Qualm, diese alten Eisenfresser und die jungen Bursche, wie sie miteinander um die Wette tranken, schrien und auf den Tisch schlugen; und dazu noch die häßlichen alten Betteln, welche sie bedienten, den zerbrochenen Kamm im struppigen Haar, die sich entweder an den Hüften trugen oder auf's Wohl der Tapferen mittrugen.

Für manchen anständigen jungen Mann war dies Leben natürlich etwas Entsetzliches; aber man war nicht imstande, etwas zu arbeiten; man hätte keine zwei Heller um sein Leben gegeben, und

Wiedergabe für eine Beschäftigung unserer Leser halten müssen. Der Professor rehet von den sozialdemokratischen Dogmen, die sich mit der Zähigkeit von Parasiten in den Köpfen der Genossen beaupten:

Und doch widerspricht das blühende Leben um uns her all jenen Doktrinen. Ein tüchtiger gelernter Arbeiter steht sich heute heffer als ein preußischer Kreisrichter vor einem halben Jahrhundert. Wir anderen Berufe, die wir uns wahrlich nicht weniger als „Arbeiter“ fühlen, stehen den tatsächlich vom Elend bedrohten immer hilfsbereit zur Seite; die Hauptsache ist aber, daß der Staat solche Hilfsbereitschaft als seine Pflicht anerkannt hat und dieser Pflicht in großzügiger Weise durch seine soziale Gesetzgebung, insbesondere durch das Versicherungswesen, nachkommt.

Aber der Gute gibt trotz alledem die Hoffnung noch nicht auf. Er rechnet bestimmt auf den Tag von Damaskus, da uns die theoretischen Schuppen von den Augen fallen werden. Je mehr als das. Er zeigt uns sogar den Weg, auf den die Sozialdemokratie zur grünen Weide praktischer Politik und wertvollerer Erfolge sicherer gelangen kann, als mit Hilfe von Generalstreiken und sonstigen Rezepten:

Sie brauchen nur zu berücksichtigen, daß es ein politisches Gesetz gibt, welches lautet: Je mehr man die in stetiger Entwicklung gewordenen Verhältnisse anknüpft, um so leichter und sicherer wird man eine politische Reform erreichen. Es ist das Gesetz der geschichtlichen Entwicklung, das sich so wenig ungestraft verletzen oder vernachlässigen läßt wie ein Naturgesetz.

Gott sei Dank, daß es noch Professoren in Deutschland gibt, sonst wäre die Sozialdemokratie niemals gerade auf das Entwicklungsgesetz gekommen. —

Wieder ein Junker zum Teufel gelangt

Luckenwalde. Bei der Reichstagswahl am 12. Juli erhielt Ewald (Soz.) 17 184, v. Derzen (Freikonservativ) 16 276 Stimmen. Ewald gewählt.

Damit hält der 111. Sozialdemokrat seinen Einzug in den Reichstag, und zwar im Kampfe gegen die äußerste Reaktion. Nachdem am Tage zuvor bereits den Konservativen der Wahlkreis des „starken Mannes“ Jordan v. Kröcher abgenommen war, verlieren sie jetzt auch den Wahlkreis Jüterbog-Luckenwalde. Zwar bezeichnete sich der letzte Inhaber des Mandats, Herr v. Derzen, offiziell als Hospitant der Reichspartei. Allein das will nichts besagen. Die Reichspartei ist ja keine Partei, sondern ein Verlegenheitsprodukt. Überall, wo man sich schämt, unter dem Schmutzlappen der konservativen Partei in den Wahlkampf zu ziehen, hilft man die Flagge der Reichspartei, die zwar auch nicht sauberer ist, aber doch einen anderen Namen hat. Noch 1903 firmierte derselbe Herr Derzen, der sich jetzt als Hospitant der Reichspartei bezeichnete, als wildkonservativ. Der Kreis war bisher auch mit verschwindenden Ausnahmen konservativ vertreten. Jahrelang vertrat ihn Herr Kropatschke, der Redakteur der Kreuzzeitung.

Bei der Hauptwahl am 2. Juli erhielten Ewald 13 778, v. Derzen 11 115, Hornmann 7956 und Erxberger 84 Stimmen. Die sozialdemokratischen Stimmen sind um rund 3400 gestiegen, die konservativen dagegen um mehr als 5100. Das heißt, der bei weitem größte Teil der Fortschrittler hat — der eigenen Parteiparole zuwider — für den Konservativen gestimmt! Von den 3400 Stimmen, um die Ewalds Wählerzahl gestiegen ist, kommt der bei weitem größte Teil aus eigenen Reserven, nur ein bescheidener Teil entstammt der fortschrittlichen Wahlhilfe. Es ist nicht nötig, auf diese Tatsachen, die sich bei fast jeder Nachwahl wiederholen, hinzuweisen.

Als Zeichen der Volksstimmung im Jubiläumsjahre ist uns der Sieg von Jüterbog hochwillkommen. Die herrschenden Klassen, die behaupten, das ganze Volk habe dringend die Militärortage verlangt, haben jetzt die Quittung für ihr unverschämtes Schwindeln. Und diese Quittung besteht in einer kräftigen Ohrfeige. Hoffen wir, daß sie sich in einigen Wochen, wenn im Wahlkreis des seligen Kanitz gewählt wird, wiederholt.

Zum Waldenburger Zuchtshausurteil.

Die Buchdrucker gegen das Sachverständigen-Gutachten.

Die Buchdrucker des Bezirks Waldenburg im Verbande der Deutschen Buchdrucker hielten in Friedland ihre Bezirksversammlung ab. Man beschäftigte sich dort unter anderem mit dem Gutachten des Herrn Oberfaktors Groß in Schweidnitz im verfloffenen Weineidsprozeß. Mit erdrückender Mehrheit wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Bezirksversammlung des Bezirks Waldenburg im Verband der Deutschen Buchdrucker kann sich dem Gutachten des Herrn Oberfaktors Groß in Sachen Hoffmann und Genossen nicht anschließen. Die versammelten Kollegen stimmen vielmehr der Meinung des Kollegen Mettner Bölle in Langenbielau zu, wonach Handfester, wenn sie „Schiedungen“ des Manuskripts zum Sehen bekommen, gar nicht in der Lage sind, von dem ganzen Inhalt des Manuskripts Kenntnis zu erhalten. In den meisten Fällen trifft der Autor schon seine Anordnungen bezüglich Auszeichnungen und dergleichen. Dadurch ist dem Seher von vornherein die Möglichkeit genommen, Änderungen vorzunehmen.“

Wie weiter mitgeteilt wird, soll auch in öffentlichen Buchdrucker- und Verleger-Versammlungen dazu Stellung genommen werden. Die Versammlung war von mehr als 150 Berufsangehörigen besucht.

Das Weineidsurteil vor den Deutschen in London.

Das Zuchtshausurteil, das vom Schweidnitzer Schwurgericht gegen zwei ehrliche Arbeiter gefällt wurde, weil sie nach der Behauptung eines moralisch nicht einwandfreien Menschen einen Weineid geleistet haben sollen, hat auch bei den deutschen Arbeitern im Auslande tiefe Empörung hervorgerufen. Sie erinnern sich des noch schrecklicheren Essener Urteils, das erst aufgehoben wurde, als der Lump, der es verurteilt, durch feigen Selbstmord dem selbstverdienten Zuchtshaus aus dem Wege ging, nachdem seine Opfer ihre „Strafen“ bereits vollkommen verbüßt hatten. Bereits am 5. Juli haben sich die in London lebenden deutschen Arbeiter in einer großen Versammlung mit dem Urteil gegen die Genossen Hoffmann und Weichert beschäftigt. Sie haben, wie man uns schreibt, ihre tiefste Empörung zum Ausdruck gebracht und den schwergeprüften Genossen ihre größte Hochachtung und ihre Sympathien ausgesprochen. Sie fordern gleichzeitig die Genossen ihrer Heimat auf, im Kampfe gegen die finstere Reaktion, die noch immer in Deutschland herrscht, nicht zu erlahmen.

Die badischen Landtagswahlen.

Die vier Parteiblätter in Baden veröffentlichten einen Aufruf des Landesvorstandes zu den im Oktober dieses Jahres stattfindenden Landtagswahlen nebst einer Liste der sozialdemokratischen Kandidaten in sämtlichen 73 Kreisen des Landes. Unsere Partei ist auch diesmal wieder als erste mit der wichtigen Arbeit der Kandida-

tenaufstellung zu Ende gekommen. Die bürgerlichen Parteien sind damit noch stark im Rückstand. Durch dieses feindselige Vorgehen ist es wieder möglich, die sozialdemokratischen Stimmen zu zählen. Im Jahre 1904 waren sie von 50 000 auf rund 86 000 gestiegen. Unser prozentualer Anteil an der Zahl der überhaupt abgegebenen Stimmen hatte sich von 17 auf 28 erhöht.

Die bürgerlichen Parteien sind mit der Kandidatenaufstellung noch ziemlich im Rückstand; das Zentrum befindet sich auf der Suche nach großblodgerischen Nationalliberalen — eine tolle Wahlkomödie der grundloslosten aller Parteien — und die Nationalliberalen haben noch gewartet.

Zentrumsabgeordneter Kohl gestorben. Domkapitular Kohl in Eichstätt, Bayern, dessen Erkrankung gemeldet wurde, ist im Alter von 62 Jahren gestorben. Er vertrat im Reichstage seit 1898 den dritten oberpfälzischen Wahlkreis Neumarkt. Dem bayerischen Landtag gehörte er von 1893 bis 1905, dem Landesrat für Oberbayern von 1905 bis 1906 an. Viele Auflagen erlebte seine politische Kampfschrift „Die Bodenzinse“. Der Wahlkreis Neumarkt ist, solange es einen Reichstag gibt, sicherer Zentrumsbesitz; die rein ländliche Bevölkerung ist zu 93,5 Prozent katholisch. Kohl wurde mit 13 400 gegen insgesamt noch nicht 500 Stimmen gewählt.

Ausland.

Vom Balkan.

Bulgarien niedergerungen! Die bulgarischen Siegesnachrichten haben sich nicht bewährt. Heute besteht kein Zweifel mehr: Bulgarien ist militärisch und diplomatisch geschlagen, und sein unglückliches Volk, das die Hauptlast des „Kreuzzuges“ gegen die Türken tragen mußte, das die Opfer im Bundesgenoffenkrieg zu tragen hatte, wird Jahrzehnte brauchen, ehe es sich wieder erholt hat. Wer trägt die Schuld an dem Unheil?

Wenn die bulgarische Regierung jetzt erklärt, sie habe diesen sinnlosen und vorweg mit Unfruchtbarkeit geschlagenen Krieg nicht gewollt, er sei gegen ihren Willen von dem gewesenen Generalissimus Samow (der daneben, daß er ein tüchtiger Soldat ist, in Bulgarien als ein recht zweifelhafter Ehrenmann gilt) begonnen worden, so klingt das durchaus glaublich. Dieser Krieg, aus dem für Bulgarien nichts Ersprießliches herauskommen konnte — denn wenn Bulgarien die Serben und Griechen besiegte, so hat es die Rumänen erst recht auf dem Hals —, macht durchaus den Eindruck einer Ueberhebung der Soldateska, den Eindruck jener militärischen Totschlagspolitik, der der Krieg Selbstzweck geworden ist und die sich in ihrem Dünkel vermischt, über die stärksten Notwendigkeiten wegzuschreiten — wobei sie sich für gewöhnlich, wie es eben auch hier der Fall, selbst reinmilitärisch nicht bewährt. Es steht ja jetzt ziemlich fest, daß der Kriegsausbruch, wenn gleich sich Serbien und Griechenland auf den Krieg natürlich vorbereitet haben, doch erst durch einen Handstreich der bulgarischen Militärs herbeigeführt worden ist; daß der bulgarische Staat in die bitteren Gefahren, in denen er jetzt steckt, dadurch geraten ist, daß sich die Generale angemaßt hatten, die Führung des Staates zu beanspruchen und an sich zu reißen. Ein warnendes Exempel, wozu ein Staatswesen gerät, in dem die Kriegsgelüste herrschen! Hoffentlich wird sich der Umchwung nun gründlich vollziehen, und wenn die Serben und Griechen im Blick nicht übermüht werden, kann der Waffenstillstand bald geschlossen sein. Und daß Bulgarien, das mit seinen gegenwärtigen Gegnern nicht weiter Krieg führen will, mit Rumänien keinen neuen Krieg vorzuziehen, auch keinen vorzuziehen können, ist klar. Inmitten des mörderischen Krieges auf dem Balkan dämmert die Hoffnung, daß sich die Wirren doch werden schlachten lassen und von der europäischen Menschheit Kriegsjahre und Kriegsnot in absehbarer Zeit doch genommen werden wird.

Bereits ist in Bulgarien ein neuer Kriegsminister ernannt worden, offenbar ein Zeichen des Umchwungs.

Die Führer der Oppositionsparteien verlangen die Abhaltung einer geheimen Sitzung der Sobranje, um sich über die Lage zu informieren. Der Ministerpräsident lehnte dies ab und erklärte, er habe seinen öffentlich abgegebenen Erklärungen nichts hinzuzufügen. Um jeden Konflikt zu vermeiden, hat die Regierung die bulgarischen Militärposten an der Grenze angewiesen, sich zurückzuziehen. Die Zivilbeamten sind beauftragt worden, auf ihrem Posten zu bleiben und auf die Bevölkerung beruhigend zu wirken.

In Sofia verlautet, die Kriegführenden erteilen Rußland alle nötigen Vollmachten, um einen Modus für die Einstellung der Feindseligkeiten zu finden.

Der serbische Ministerpräsident Pasißich nahm die von dem russischen Gesandten übermittelten Vorschläge Rußlands wegen Herbeiführung des Friedens zur Kenntnis und erklärte, er werde sich mit dem Armeekommando und den Verbündeten in Verbindung setzen.

Rumänien hat mit seinen Truppen die bulgarische Grenze überschritten, um das von ihm beanspruchte Gebiet zu besetzen. Der Vormarsch der rumänischen Armee zieht sich planmäßig in dem Raum Turtkai-Lobritsch-Balkhad.

Die Griechen siegen in aller Bequemlichkeit weiter. Wenigstens berichten sie: Eine Erkundungsabteilung besetzte gestern Serres. Der Kriegszustand wurde verkündet und eine Bürgerwehr zur Aufrechterhaltung der Ordnung gebildet. Soldaten und die Bürgerwehr durchstreifen die Umgegend, um die Landbewohner gegen die Komitatsschis zu schützen. Da die Bulgaren die Stadt in panischer Flucht verlassen haben, sind viel Munition und Lebensmittel zurückgeblieben, auch 70 griechische Notabeln wurden dadurch befreit und sind dem Tode entgangen; 200 sind bereits grausam niedergemacht worden.

Admiral Countouriotis telegraphierte, daß die Bulgaren aus Kawalla abziehen und den Metropolitenten und 30 griechische Notabeln mitgenommen haben, deren Schicksal unbekannt ist. Eine Abordnung Griechen aus Serres, die in Nigrita angelangt ist, berichtet, daß sich unter den von den abziehenden Bulgaren ungetragenen Notabeln auch der Direktor der Orientbank, Stamulisi, Gymnasialdirektor Papapawli und zwei Ärzte befänden. Eine bulgarische Abteilung, die wieder in Serres eindringen wollte, wurde von den Einwohnern, die die griechische Flagge gehißt haben, zurückgeschlagen. In Lemn: Hissar haben die Bulgaren 100 Griechen niedergemacht, darunter den Metropolitenten. An der Straße von Serres nach Drama brannten sie mehrere griechische Dörfer nieder. Die griechische Regierung hat sich wegen Befürchtung weiterer Massakres an die Mächte gewandt.

Großbritannien.

Neues von den europäischen Nachwächtern. Die berühmte Botenkonferenz in London ist wirklich noch im Gang. Während der zweite Balkankrieg wütet und Tausende von Menschenopfern fordert, beraten die braven Diplomaten geruhig über die Folgen des ersten Krieges und was bei jener Sachlage etwa zu tun denkbar sei.

Reuters Bureau meldet aus London: Am 7. Juli ist die Botenkonferenz zusammengetreten. Nach etwa zweistündiger Beratung hat sie sich bis zum nächsten Montag vertagt. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete die Ausarbeitung von Einzelheiten bezüglich der Verwaltung Albanien. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Die Frage der Südgrenze Albanien ist nicht berührt worden.

Kleine politische Nachrichten.

Der Untergang des Torpedoboots S. 178 vor dem Kriegsgericht. In Wilhelmshafen stand Kapitänleutnant Löwe vom Panzerkreuzer „Derk“ vor dem Kriegsgericht unter Anklage, durch Fahrlässigkeit den Zusammenstoß mit dem Torpedoboot S. 178 verschuldet zu haben. Er wurde freigesprochen.

Der Zusammenstoß, der sich in der Nacht vom 4. auf den 5. März d. Js. vor Helgoland ereignete, kostete über 70 braven Marinern das Leben.

Landesverratsaffären. Als der Mechaniker Restner in Egdihubnen wegen des Verdachts des Landesverrats zugunsten Rußlands verhaftet werden sollte, schlug er den Postzelbeamten, der ihn verhaften wollte, nieder und entfloh. Bis jetzt konnte er nicht ergriffen werden. Die Behörden bewahren über den Vorfall strengstes Stillschweigen. Es ist jedoch bereits bekannt geworden, daß mehrere Personen in die Affäre verwickelt sind.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Entwürfe zu einem Patentgesetz, Gebrauchsmultergesetz und Warenzeichengesetz nebst den umfangreichen Erläuterungen.

Preussisches Kommunalabgabengesetz im Entwurf. Von den preussischen Ministern des Innern und der Finanzen ist der Entwurf zu einer Novelle zum Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 fertiggestellt und den beteiligten Kreisen zur gutachtlichen Äußerung überandt worden. Der Entwurf trägt mehrfach Wünsche aus der Selbstverwaltung Rechnung.

Der Patriotismus unserer Agrarier. Die staatsverhaltende Presse ist wieder einmal in der Lage, gleichzeitig drei Klagefieber über „deutsche Namensgenossen“ anzukümmeln, die heimatische Erde um schönen Mammons willen an den „polnischen Feind“ verkaufen. Im ersten Falle ist es ein adeliger Herr v. Voebel im Kreise Lublin, der ein 5000 (2) Morgen großes Rittergut an den Polen Prondzynski verkaufte und dabei 800000 Mark „verdient“ haben soll. — Im zweiten Falle verkaufte der Rittergutsbesitzer Eichstädt ein 2100 Morgen großes Besitztum im Kreise Bromberg an einen Polen, im dritten Falle handelt es sich um eine Bauernwirtschaft im Kreise Posen-Ost.

Landtagsnachwahl in Lippe. Die Stichwahl, die bei einer Landtagsersatzwahl der 3. Klasse in Lippe-Deilmold zwischen unserem Genossen Kronshage und einem Liberalen stattgefunden hatte, endete mit dem Siege des Liberalen. Genosse Kronshage erhielt 1263, der Liberale, dem auch die konservativen Stimmen zufielen, 1416 Stimmen.

Aus Westpreußen.

Ein vernichtendes Urteil über die sogenannte parteilose Presse

wurde vor einigen Tagen vor dem Breslauer Gericht gefällt, wo sich ein Redakteur zu verantworten hatte, der dreihundzwanzigmal vorbestraft war, aber nicht wegen Übertretungen im ehrlichen politischen Kampf, sondern wegen Förderung des Helmschwindels. Der die Anklage vertretende Anwalt ließ dabei folgende ungemein scharfe Worte fallen:

„Ich kann nicht umhin, der Schriftleitung des Breslauer General-Anzeigers und dem Angeklagten Bergbusch jedes Gefühl für Scham, Ehre und Anstand abzuspülen. Gerade der Breslauer General-Anzeiger würdigt sich schon seit Jahren dazu herab, diesen schimpflichen Handel (mit notorischen Schwindelmitteln) durch Aufnahme von Inseraten zu unterstützen. Das Ehrgefühl der Schriftleitungen der übrigen hiesigen Zeitungen stärkt sich dagegen, in einer so skrupellosen Weise dem Schwindel Vorschub zu leisten. Ich kenne den Inseratenteil der Volksmacht, der Schlesischen und Morgenzeitung usw., nirgends habe ich solche Schmutzinserate entdecken können.“

Die Schriftleitung einer solchen Zeitung handelt ehrlos und verwerflich. Dem angeklagten Redakteur stand als einziger Milderungsgrund zur Seite, daß er unter ausdrücklicher Billigung der Schriftleitung (oder soll es heißen Geschäftsleitung?) solche Inserate nicht zurückweisen darf!“

Unmöglich zu sagen, daß der Breslauer General-Anzeiger patriotisch bis auf die Knochen ist und an Jubiläumstagen mit überblühender Geste ersehnt. Unmöglich auch zu sagen, daß er nur ein Blatt vom Typ der parteilosen General- und Lokalanzeigerpresse ist, die wir in jeder größeren Stadt mit genau demselben Ehrgefühl und Geschäftsgefühl wiederfinden. Unmöglich zu sagen, daß diese so gebrandmarkte Presse das Publikationsorgan für die Betanntmachungen staatlicher, kommunaler und auch gerichtlicher Behörden ist! Es braucht wohl auch nicht hervorgehoben zu werden, daß der Angeklagte in diesem Falle etwa nicht mit einigen Monaten Gefängnis bestraft wurde, wie es dem in politischen Kampfe gestrauchelten Arbeiter-Redakteur geschähe, sondern trotz der 23 Heilmittelschwindelvorstrafen mit 60 Mark Geldstrafe davontam.

Über zur Kennzeichnung der von Religiosität und Patriotismus triebenden parteilosen Presse sollte sich jeder Freund der Arbeiterpresse diese Charakterisierung merken, die das Gericht in der Urteilsverkündung ausdrücklich unterstrich.

Danzig.

Wachet und betet, daß ihr nicht in Anfechtung fallt...

Stieg da dieser Tage ein katholischer Kaplan auf einen Wagen der elektrischen Straßenbahn. Auf dem Perron stießen die Körper in drangvoll fürchterlicher Enge aneinander. Hochwürden spähten in das Innere. Richtig, da war noch ein Plätzchen frei! Neben dem jungen Menschen, der in seiner Zeitung verließ dajah, geruhten der Diener der liebenden Kirche Platz zu nehmen. Das Ziel war noch weit, Hochwürden fühlten Langeweile. Und auch ein wenig Neugierde regten sich in ihr. War die Zeitung, in der der jugendliche Proletarier so eifrig las, vielleicht gar das Westpreussische Volksblatt? Hochwürden machten einen langen Hals, so gut sich es für ihre Stellung schiden wollte. Bergelisch! Nicht möglich, etwas festzustellen. Aber nun wendete der Leser die Seite und — Hilf Himmel, heilige Jungfrau Maria! so jung und schon so verdorben! — B o l s w a h t stand groß und trüblich an ihrer Spitze. Der Kaplan schlug ein Kreuz und stoh aus der Nähe des infernalischen Blattes auf den Perron des Wagens, ohne daß der rote Proletarier gemerkt, was er anrichtet. Über der Wagen barg, ohne daß der geistliche Herr es ahnte, noch ein zweites rotes Langeweiler, das die Epizode belauschte und uns verrät. Ach ja, der Teufel geht umher und sucht, wen er verdingelt...

Die Neuwahlen zu den Organen der Krankenkassen und Versicherungsämter in Preußen.

Vom preussischen Handelsminister ist vor kurzem Anweisung an die Regierungspräsidenten über die Neuwahlen zu den Organen der Krankenkassen ergangen. Danach sind die Wahlen zu den Vorständen der neu zu errichtenden allgemeinen Ortskrankenkassen, sowie zu den Vorständen der aus bestehenden Kassen ausgestalteten allgemeinen Ortskrankenkassen in der ersten Hälfte des Monats November 1913 vorzunehmen. Dieses steht voraus, daß vorher, also Ende Oktober oder Anfang November, die Wahlen zu den neuen Ausschüssen der allgemeinen Ortskrankenkassen vorgenommen werden müssen. Bei den neu zu errichtenden Kassen wird die Wahl von dem Gemeindeverband (Magistrat oder Landrat), bei den ausgestalteten Kassen von dem bisherigen Vorstand ausgeführt. Es ist also an der Zeit, die Vorarbeiten für diese Wahlen zu treffen.

Die Beisitzer zu den Versicherungsämtern werden bekanntlich in indirektem Wahlverfahren durch die Vorstände der Krankenkassen gewählt. Nach jener Ministerialverordnung sind hierzu wahl-

berechtigt nur die neu gewählten Vorstände der allgemeinen Orts- und der Landkrankenkassen, sowie die Vorstände der zugelassenen bisherigen Kassen. Die Vorstände der am 1. Januar 1914 zu schließenden Kassen sind danach nicht mehr wahlberechtigt. Als Termin für die Wahlen der Versicherungsvertreter zu den Versicherungsämtern ist die zweite Hälfte des Monats November 1913 bestimmt.

Die Mitglieder zu den Versicherungsämtern wählen dann im Monat Dezember die Mitglieder der Oberversicherungsämter.

Die Freie Turnerschaft Danzig feierte am Sonntag im Bürgergarten in Schöblich ihr 7. Stiftungsfest. Vom schönsten Wetter begünstigt, trat in früher Morgenfrühe eine ansehnliche Zahl freier Turner zusammen, um Zeugnis von ihrem Können abzulegen. Die erzielten Leistungen bewiesen, daß die Freie Turnerschaft nicht nur Turner dem Worte nach sind, sondern der Tat. Am Red, Barren und Pferd wurden von der 1. Riege durchweg wirklich gute und sogar ausgeführte Leistungen von Kraft gezeigt. In diesen muskulösen entwickelten Körpern sah man die Frucht turnerischer Erziehung. Ebenso zeigten einzelne Turngenossen der 2. Riege weit mehr wie mittelmäßiges Können. Die Freie Turnerschaft erbrachte erneut den Beweis durch ihre Leistungen, daß sie ohne Zagen mit den bürgerlichen Turn- und Sportvereinen in turnerischer Beziehung nicht nur in Wettbewerb treten kann, sondern einem großen Teil der Sportvereine als lebendes Vorbild dienen könnte. Durch die Aufnahme vollständiger Leistungen ist besonders die Zahl der älteren Turngenossen erheblich gewachsen. Leistungen im Hochsprung ohne Brett von 1,40—1,55 Meter waren nichts Seltenes. Beim Kugelschießen wurden 9 Meter oft ein Wurf sogar gegen 10 Meter erzielt. Im Stabhochsprung waren die Leistungen einzelner sehr befriedigend, und dürften wohl 2,60 Meter überschritten worden sein, wenn die Sprungstände höher gewesen wären. Der Wettprung befriedigte weniger, nicht einer der Teilnehmer erreichte bei dieser Übung über 4,50 Meter. Am Nachmittag desselben Tages um 3 1/2 Uhr begann das Schauturnen. Das Klarturnen an den Geräten grenzte an Akrobatik. Ein Abnormitätentheater sorgte für Zerstreuung der kleinen wie großen Kinder. Durch Preisstücken und Belustigungen aller Art war allen Bedürfnissen Rechnung getragen. Ein Fackelzug durch den schönen Garten, wunderbar wirkende Pyramiden an allen Geräten mit bengalischer Beleuchtung bildeten den Schluß der turnerischen Darbietungen. Im Saal wurden darauf den tüchtigen Turnern nach der Festrede die Ehrenurkunden überreicht. Nun sollten die eifrigsten und freiesten Jahnsbrüder beweisen, daß sie auch das Langbein recht nett zu schwingen verstanden. Nur zu früh rückte um 1 Uhr die Trennungsstunde heran. — Möge dieses Fest und speziell die turnerischen Leistungen in guter Erinnerung bleiben, damit das 7. Stiftungsfest auch seinen agitatorischen Zweck nicht verfehlt. Im Interesse der eigenen Gesundheit muß ein jeder Turnen, nicht aber in den bürgerlichen Klubbvereinen, sondern in der Freien Turnerschaft, damit sie sich das aus eigener Kraft verschafft, was ihr von den Behörden verweigert — da sie „politisch“ (!!!) — was aber den bürgerlichen Vereinen gleicher Richtung im Ueberflusse unentgeltlich gewährt wird, Turnhallen und Rasenplätze.

Laufend Markt veruntreut hat Kaufmann Odenkirchen dem Ausschuss des westpreussischen Sängersfestes. Odenkirchen, der seit kurzer Zeit verschunden ist, war seit Jahren bei der Manufakturwarenfirma Walter & Fiedel beschäftigt. Nach seiner Flucht stellte man fest, daß O. mehrfach Beträge einkasstierte, wozu er nicht berechtigt war. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um einige tausend Mark. Recht unangenehm bei dieser Entdeckung ist nun der Umstand, daß man Herrn O. die Leitung des Festzuges beim letzten westpreussischen Provinzial-Sängersfest übertrug, und daß O. dem Komitee ebenfalls einen Betrag von 1000 Mark veruntreut hat. Das Sängersfest, das in den letzten Tagen des Juni stattfand, verregnete gründlich, so daß die Ausgaben lange nicht durch die Einnahmen gedeckt werden konnten und ein ganz erheblicher Fehlbetrag entstanden ist. Dieser wird nun durch die Handlungswweise des O. noch vergrößert. O. bekam vor dem Sängersfest einen Betrag von 500 Mark vom Ausschuss, um hieron die bei Veranstaltung des Festzuges entstehenden Kosten zu decken. Dieses Geld hat O. unterschlagen, ferner hat er sich aber auch noch von den Gesangsvereinen, die Festwagen stellten, Geld verabsorgen lassen und es für sich verbraucht. Von dem Füllhilling fehlt bisher jede Spur.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt. Die Generalversammlung des Vereins findet am Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr bei Steppuhn statt. Es ist eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Der 5. Bezirk (Langfuhr) veranstaltet am Sonntag, den 20. Juli, morgens 8 Uhr einen Waldausflug. Es wird zahlreiche Beteiligung gewünscht. Wir bitten, die Inserate in der heutigen Nummer zu beachten.

DUCK
DIE NEUE QUALITÄTS-
3 Pf. CIGARETTE
M/GOLD
M/NOHLMOST, FLACH

Georg A. Jasmatzi A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

Geiangverein „Sängergruß“
Sonntag, den 20. Juli
Dampferfahrt nach Großschönau mit Musik.
Dahelst Gartenbelustigungen und Tanz.
Fahrpreis für Mitglieder pro Person 1,00 Mk., Nichtmitglieder 1,20 Mk., Kinder von 10-14 Jahren 60 Pfg. für Hin- u. Rückfahrt.
Restauration und Kaffeeküche an Bord.
Abfahrt punkt 6 Uhr morgens von der Anlegestelle Sparkasse. Zur reifen Bereitung der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder laden ein **Das Komitee.**
Billete im Vorverkauf sind zu haben in allen Gewerkschaftsbüros, sowie bei den Mitgliedern F. Beuster und E. Sellin, Schiffsdamm, B. Reimann, Fischmarkt 6, A. Lühring, Langfuhr, Michaelsweg.

An unsere Leser!
Wir bitten genau zu beachten, welche Geschäftsleute bei uns inserieren und alle die zu meiden, die ihre politische Gegnerschaft auf das Geschäftsleben übertragen.

Die Waffen nieder!
Von Berta v. Suttner. Preis broschiert 80 Pfg. gebund. 1,20 Mk. empfiehlt Buchhandl. Volkswacht.
Max Olimski
Juwelier und Goldschmiedemeister
Danzig, Goldschmiedegasse 29
Gegr. 1895.
Großes Lager in Gold-, Silber- und Alfenide-Waren.
Spezialität: **Selbstanfertigung von Trauringen.**
Altes Gold wird in Zahlung genommen.
Partei- und Gewerkschafts-Literatur
empfehlen: Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32.

Wäsche
wird sauber gewaschen und ge-
krochelt Jungferng. 9, 2 Tr., red.
Luftb. Kleiderdruck
Vertiko, Spiegel, neu, Küchen-
schrank 10 Mk., Bergest. 7 Mk.,
Sportwagen mit Verdeck 10 Mk.,
billig zu verkaufen Krähenb. 13,
2 Trep.
Meister-Geschäft
wird anständigen Leuten unter
günstigen Bedingungen eingerichtet.
Auszahlung erforderlich, Laden nicht
notwendig. Offert. unter D. E. 8186
an Rudolf Mosse, Dresden.
Friseur Paul Wienhold,
Brunshöwerweg.

Jöpfe
sauber u. gut, fertige aus eigenem
Haar für 75 Pf. an. O. Annau,
Danzig, Am Jakobstor Nr. 1.

Frauenleiden
Mit einem Anhang:
**Die Verhütung der
Schwangerschaft**
Von Dr. Jodel
Mit 9 Illustrationen
Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse 32.

Stari Sautsky. Der Weg zur Macht.
Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.
Wilhelm Zamory
Glas- u. Bilderleisten-Handlung
Teleph. 2505. Danzig, Tischlergasse 47. Teleph. 2505.
Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in
der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.
Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Organisierte Arbeiter
raucht nur die von organisierten Arbeitern hergestellte
TAG-Zigarette
der Tabakarbeiter-Benossenschaft Stuttgart. Vor-
züglich im Geschmack, feinste Qualitäten. Nur zu
haben bei Eugen Sellin, Schiffsdamm 56.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Abrechnungsgeschäfte S. Maltenow ELBING, Alter Markt 5 Möbel- und Kopierkass.	Erscheint wöchentlich einmal	Blumenhandlungen H. Gall, Grandenz, Oberthornerstr. 5-6	Urogen und Farben HYGIEA-LOGERIE, Fischmarkt 1-3. Artikel z. Wasche und Krankenpflege.	ENGLISH CLUB Breitgasse 106/107.	Gen Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen	Schnapftabak-Fabriken Joh. Kostuchowski Danzig-Schlidtz Karthäuserstr. 113. Telefon 2747.
M. Fingerhut, Danzig Mühlengasse 14 Möbel- u. Kopierkass.	Brotfabriken Danziger Brotfabrik G. m. b. H., Kolkowgasse 15 Bis zur Schillerstr. kennt die Niederlagen.	Fahrräder, Nähmaschinen A. Hejn, Breitagasse 17	SCHMIEDEGASSE 7 Altstädter Graben 79 Sämtl. Barntschleide, z. billigen Preisen.	Meierien Rob. Kobusch, Schichergasse 19.	Joh. Gosda Kocher Danzig, 2 ^{te} Priestergasse 5 Ecke Hähnergasse	Schuhwaren Großes Schuhwarenlager, Inh.: Fortier EL Mühlengasse, neb. dem Pfarrhaus. Arbeiter erhalten Extrarabatt.
Alkoholfreie Getränke Ohr. Schatz Teleph. 10	Bursten, Besen, Pinsel Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Ernst Röhl, Breitgasse 78. Max Venzki, Hundergasse 21, T. 304. Dampfwaschmaschine D. R. P. Wärmeschutz, Reparaturen. L. Renters, ELBING, Schichergasse 9. Kleider- u. Lederwaren	Kaufhäuser Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7-8	F. Stedekel, Fischmarkt 5, Häkerergasse 87. Für Wiederverkäufer bill. Bezugsquelle in Käse, Butter etc.	Schuhwarenhäuser Tuchler Holzmarkt 19 Unerschrocken billige Preise.	Schuhwaren L. Michaelis III. Damm Nr. 4 Heiliggeistg. 34. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.
Sinalco	Butter, Eier, Käse Horst Lettau, Hunder- gasse 36 ca. 60 Käsesorten stets am Lager.	Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Kaufhäuser Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7-8	Möbelmagazine Arthur Schulz DANZIG, III. Damm Nr. 9 Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.	Schuhwaren Schuhwaren	Schuhwaren L. Michaelis III. Damm Nr. 4 Heiliggeistg. 34. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.
Bäckereien H. Herder Elbing, Wilhelmstr. 12	Glanzhandlungen J. NOETZEL Paradiesgasse 32 vorrätig: Herren- u. Damen-Access.	Herrengarderobe Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7-8	Molkereien Central-Molkerei G. m. Danzig Verkaufswagen in allen Stadtteilen.	Schuhwaren Schuhwaren	Schuhwaren L. Michaelis III. Damm Nr. 4 Heiliggeistg. 34. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.
Beerdigungsanstalten H. Herder Elbing, Wilhelmstr. 12	Corsetts und Schürzen Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Herrengarderobe Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7-8	Möbelmagazine Arthur Schulz DANZIG, III. Damm Nr. 9 Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.	Schuhwaren Schuhwaren	Schuhwaren L. Michaelis III. Damm Nr. 4 Heiliggeistg. 34. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.
Bierbrauereien Danziger Aktien- Bierbrauerei Jahresumsatz ca. 100 000 hl.	Damenputz u. Modewaren Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Herrengarderobe Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7-8	Möbelmagazine Arthur Schulz DANZIG, III. Damm Nr. 9 Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.	Schuhwaren Schuhwaren	Schuhwaren L. Michaelis III. Damm Nr. 4 Heiliggeistg. 34. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.
Bierhandlungen Bierausschank B. Bubitz Grandenz, Calmarstr. 14-15.	Destillation, Liköre A. ALFERMANN Zur goldenen Kugel DANZIG, Fischmarkt 40-41.	Herrengarderobe Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7-8	Möbelmagazine Arthur Schulz DANZIG, III. Damm Nr. 9 Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.	Schuhwaren Schuhwaren	Schuhwaren L. Michaelis III. Damm Nr. 4 Heiliggeistg. 34. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.
Braueriegeschäfte Carl Preuss, Grandenz Langstr. 10, Calmarstr. 17.	Spezialitäten, Feinbackwaren F. Berner Spezialitäten, Feinbackwaren Kolkowgasse 10-11 Kolkowgasse 10-11	Herrengarderobe Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7-8	Möbelmagazine Arthur Schulz DANZIG, III. Damm Nr. 9 Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.	Schuhwaren Schuhwaren	Schuhwaren L. Michaelis III. Damm Nr. 4 Heiliggeistg. 34. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.
Bierhandlungen Bierausschank B. Bubitz Grandenz, Calmarstr. 14-15.	Spezialitäten, Feinbackwaren F. Berner Spezialitäten, Feinbackwaren Kolkowgasse 10-11 Kolkowgasse 10-11	Herrengarderobe Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7-8	Möbelmagazine Arthur Schulz DANZIG, III. Damm Nr. 9 Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.	Schuhwaren Schuhwaren	Schuhwaren L. Michaelis III. Damm Nr. 4 Heiliggeistg. 34. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.
Braueriegeschäfte Carl Preuss, Grandenz Langstr. 10, Calmarstr. 17.	Spezialitäten, Feinbackwaren F. Berner Spezialitäten, Feinbackwaren Kolkowgasse 10-11 Kolkowgasse 10-11	Herrengarderobe Julius Goldstein Junkergasse 2 Lawendelgasse 4	Partiewaren, Gelegenheitskäufe Junkergasse 1 III. Damm 7-8	Möbelmagazine Arthur Schulz DANZIG, III. Damm Nr. 9 Billigste Bezugsquelle f. Möbel aller Art, sowie ganzer Ausstattungen.	Schuhwaren Schuhwaren	Schuhwaren L. Michaelis III. Damm Nr. 4 Heiliggeistg. 34. Großes Lager gediegener Schuhwaren, Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Gustav Schröder, für den Inseratenteil Paul Bensch, Berlin, Köpenickerstr. 7 (Post- & Fern-Druck) oder 16 (Hauptstadt) Berlin, in Danzig.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Die Polizeitaten von Mülhausen.

In letzter Nummer teilten wir bereits kurz die Angriffe mit, die in Mülhausen im Elsaß gegen eine wehrlose Menge unternommen wurden. Sie haben bereits zwei Todesopfer gefordert. Ein junger Arbeiter namens Peter Bohler ist auf dem Transport nach dem Spital seinen Verletzungen erlegen. Ein Schuß durchs Herz den Unglücklichen, nachdem ihm durch einen Säbelhieb der rechte Arm abgehauen war. Auch der 24 Jahre alte Albert Gutknecht aus Dornach ist seinen Verletzungen erlegen. Die Zahl der schwer und leicht Verwundeten ist bedeutend.

Die Bremer Bürgerzeitung bringt über die Art des polizeilichen Vorgehens folgende Schilderung:

Das harmlose angelegteste Publikum, das auf dem Durchgangsweg und auf der Wiege gegenüber der chemischen Fabrik stand, sah plötzlich ungefähr zehn Schußleute und vier berittene Gendarmen vor sich. Rausch wurde das Publikum aufgefordert, auseinanderzugehen. Ein ungefähr 16-jähriger Junge erlaubte sich zu lachen über die höfliche Form, mit der man friedlichem Publikum gegenübertritt. Dieses Lachen scheint den Argern eines jungen Schußmanns aus Dornach derart gefligelt zu haben, daß er kurz entschlossen seinen Säbel aus der Scheide zog und auf den jungen Menschen einhieb, der schließlich zu Boden stürzte! Frauen und Männer protestierten gegen diese ebenso feige wie brutale Mißachtung! Aber dieser Protest, der natürlich nur in kräftigen Worten zum Ausdruck kam, gab für die berittlenen Gendarmen und die Polizisten das Signal zu einem allgemeinen Angriff auf die harmlose Masse, die langsam sich zurückbewegte und den Platz räumen wollte.

Gendarmen und Polizisten zogen blank, erstere ritten blindlings in das Publikum hinein — es befanden sich viele Frauen, die ihre Kinder an der Hand hatten, darunter — und mit der flachen Klinge wurde rücksichtslos und ohne Unterschied zwischen Männern und Frauen zu machen — dreingeföhren! Ein Mann erhielt einen Kopfhieb mit dem flachen Säbel, die Frauen schrien, Männer protestierten entrüstet, alles wich zurück bis zu der schmalen Brücke, die über den Heringsgraben führt. Die Masse flaute nullfächlich, es ging nur langsam über den schmalen Steg. Irgend jemand aus dem Publikum griff in der Empörung zu Steinen und warf einige gegen die sich wie wild gebärdenden Schußleute und Gendarmen. Verfehlt wurde dadurch keiner der Geheißwächter, nicht einmal von einem Stein berührt.

Aber jetzt waren unter den Ordnungswächtern alle Bande frommer Scheu vor Recht und Ordnung gelöst und in zügelloser Wut mußten sie sich austoben. Nach kurzer Beratung wurde kommandiert: Über den schmalen Heringssteg! Die Gendarmen ritten über den schmalen Steg, die Polizisten waren ihnen bereits voraus, und noch während als zuvor wurde auf die wehrlose Masse, die nur einen Weg zum Zurückweichen hatte und sich deshalb nur langsam zerstreuen konnte, eingeschlagen. Drei Frauen wurden bei der brutalen Attacke niedergebissen und niedergeböhren! Ein „Schußmann“ besaß die Feigheit und Brutalität, eine Frau mit drei Säbelhieben niederzuschlagen! Ein gleichwertiger Kollege schlug auf dem Felde, auf das sie sich geflüchtet hatte, ebenfalls eine Frau mit dem Säbel nieder. Und als sie auf den ersten Streich zu Boden stürzte, schlug er noch zweimal mit dem Säbel brutal auf die Wehrlose ein!

Jammern und Wehklagen hörte man aus der mit solch un-menschlicher Brutalität zusammengehauenen Menge. Frauen schrien und Kinder wimmerten, und immer noch legten die Hüter der Ordnung, wie fanatische Kojaken ihre Verfolgung fort. Und wie die Bestie, die einmal Blut geleckt hat, im Gefühl der Wollust auf neue Beute lauert, so überfielen auch die siegesreichen Polizisten von Mülhausen noch nach ihrer Heldentat einen Trupp junger Leute, Mitglieder eines Trompetervereins, wie ihre Übung beendigt hatten und in aller Seelenruhe ihrer Wohnung zusteuernten. Unser Mül-häuser Parteiblatt berichtet darüber:

Als sie, ruhig und nichts ahnend, gegen den Heringsgraben schritten, kamen die Gendarmen von ihrer Attacke ihnen entgegen-geritten. Sie ließen aber die jungen Leute ruhig laufen, einer der Gendarmen gab noch seiner Benugung Ausdruck, daß man in der Einsamkeit, wie er sagte, etwas Musik hörte. Aber kaum hatten die drei jungen Leute den Heringsgraben überschritten, kamen vier bis fünf Schußleute auf sie zu, brüllten: Machen Sie, daß Sie laufen! Wollen Sie schneller laufen! Den erschrockenen jungen Leuten blieb nicht einmal recht Zeit, zu erwidern, daß sie ja auf dem Heimwege sind, da wurden sie auch schon mit dem Säbel bearbeitet.

Der eine stürzte unter der Wucht der Säbelhiebe in den Graben. Seine rechte Hand wurde durch einen Säbelhieb erheblich verletzt und blutete stark. Am Sonnabend war sie den ganzen Tag erheblich angeschwollen, so daß der junge Mann keinerlei Arbeiten verrichten konnte! Schlimmer noch ging es dem jüngsten der drei Trompeter, L. B., ein ungefähr 16 Jahre alter schwächlicher Mensch. Er lief in das nahe Feld, wurde aber von einem „Schußmann“ verfolgt, eingeholt, da er zu Boden stürzte, und brutal mit dem Säbel bearbeitet.

Der Polizist kniete auf dem jungen Menschen und unter dem Geschrei: Wollen Sie weitergehen! hieb er wie eine entmenschte Bestie erbarmungslos auf den am Boden Liegenden ein!

Nachdem dieser Bravourstreich geliefert war, kamen einige Clairon-Bläser des Reges, die ebenfalls, wie gewöhnlich, in der Nähe der Baustelle geübt hatten. Trotzdem auch sie ruhig auf dem Nachhausewege begriffen waren, wurden sie von den gleichen „Schußleuten“ überfallen und brutal mißhandelt. Einer erhielt einen Säbelhieb in das Genick!

Wie ein Bericht aus Feindesland lieft sich das Ganze. Man könnte wirklich glauben, die Darstellung stamme aus Uesküb, Saloniki oder sonst einem balkanischen Kriegsorte. Und das alles, weil sich efflässige Arbeiter ihrer Haut wehren, weil sie nicht zu Hungerlöhnen arbeiten wollen und weil sie die von dem gut deut-schen Unternehmer herangezogenen Ausländer über den wahren Sachverhalt aufklären wollen! Das ist der Schutz der nationalen Arbeit!

Der Polizeipräsident gibt eine Darstellung der Vorgänge, nach welcher natürlich das böse Publikum die alleinige Ursache an den bedauerlichen Vorkommnissen trägt. Die Gendarmrie habe allen Provokationen der 6000 Menschen zählenden Menge unerschütterliche Ruhe und eiserne Disziplin entgegengekehrt. Erst als aus der Menge geschossen wurde, sei von den Gendarmen das Feuer erwidert worden. Zwei Männer sind im Kampfe der Gendarmen gegen das Volk so schwer verletzt, daß sie gestorben sind. Alle Redensarten des Herrn Polizeipräsidenten, alle Beschönigungsversuche sind vergebens. Zwei Menschen wurden getötet, getötet von jenen, die zum Schutze der Menschen bestimmt sind und von den Steuer-zählern dafür bezahlt werden. An dieser Tatsache ändern alle Po-lizeiberichte nichts!

Ein Wolffstelegramm meldet noch:
„Die Haltung der Streitenden ist vollständig ruhig. Es ist zu keinerlei weiteren Ausschreitungen gekommen, so daß die Truppen abends Befehl zum Einrücken erhielten.“

Aus Westpreußen.

Danzig.

Ein Opfer der „Wechsel“.

Schon im vorigen Jahre haben wir auf die große Gefahr auf-merksam gemacht, die durch die Art des Anlegens der meisten Dampfer der Gesellschaft bedingt wird. Alle nach Neufahrwasser fahrenden Schiffe werden nicht in der Weise festgelegt, daß mit ihnen verlebene Haltetäue auf die Brücken geworfen werden. Wenn das Schiff an die Brücke fährt, muß vielmehr ein Bootsjunge überspringen und eine Tau-Schlinge um einen gußeisernen Poller legen. Häufiger kommt das Schiff nicht gleich dicht an die Brücke. Dann müssen die Jungen, um größere Zeitverluste zu verhüten, auch über größere Abstände zwischen Dampfer und Brücke springen, um das Tau zu befestigen. Fast in jedem Falle droht die Mög-lichkeit, daß die Jungen zwischen dem noch fahrenden Schiff und die Brücke stürzen. Bereits im vorigen Jahre ereignete sich solch ein „Unfall“. Aus Anlaß desselben besprachen wir die höchst gefahr-volle Methode und forderten das Einschreiten der Aufsichtsbehörde, des königlichen Polizeipräsidiums. Ob dies etwas in der Sache unter-nommen hat, ist uns nicht bekannt geworden. Jedenfalls hat die Gesellschaft das höchst gefährliche Verfahren nicht geändert. Obwohl jede Unfallgefahr ohne erhebliche Kosten ausgeschlossen wäre, wenn auf den Brücken ein Junge stationiert würde, der die Netze festlegen müßte.

Unsere Befürchtungen haben sich inzwischen, infolge der Un-lätigkeit der Gesellschaft, für die ein viel schärferer Ausdruck an-Platz wäre, leider zu sehr bestätigt. Am Freitag vormittag stürzte der Bootsjunge G. Mißke vom Dampfer John Wilsone an der Haltestelle Kaiserhafen in die Wechsel und erkrank. Die Rettungsversuche blieben erfolglos. Zwei ihm zugeworfene Rettungsringe tonnte der Ertrinkende nicht erfassen. Der auf dem Dampfer befindliche bekannte Schwimmer Köhr sprang dem mit dem Tode Ringenden nach, konnte ihn aber auch nicht mehr retten. Die Leiche ist noch nicht gefunden. Passagiere sprachen uns ihre Ansicht dahin aus, daß die Rettungsmaßnahmen zu spät erfolgten. Vielleicht ist man der Ansicht gewesen, daß der Junge schwimmen konnte und sich selbst retten würde. In dieser Hinsicht wollen wir Bornwirfe nicht erheben, weil vielleicht die sehr begriffliche Erregung das Urteil der Passagiere ungünstig beeinflusst hat.

Scharf zurückweisen müssen wir jedoch die Art, wie besonders die unparteiischen Neuesten Nachrichten sich mit dem entsetzlichen Fall abfinden. Die freisinnige Danziger Zeitung schüßt die liberale Aktien-Gesellschaft wenigstens nur dadurch, daß sie die Sache mit wenigen Zeilen kurz abtut. Sie mußte unlängst sogar das well-erschütternde Ereignis des siebenten Geburtstages eines Sohnes des Kronprinzen feiern. Daher konnte sie der höchst nebenfälligen Lösung eines Proletariatssohnes nicht gut mehr Aufmerksamkeit wid-men. Die Neuesten gehen über diese Wertung eines Menschen-lebens noch erheblich hinaus. In ihrem Bericht, bei dem man zweifelhaft sein kann, ob er von absoluter Verständnislosigkeit oder Böswilligkeit diktiert wurde, stellen sie Behauptungen auf, als ob die Jungen sich nur durch verbotene Bravourleistungen leichtfertig in Lebensgefahr bringen! Dabei muß es jedem Redakteur der Neuesten aus eigener Anschauung bekannt sein, daß die Jungen in der von uns geschilderten Weise vom Dampfer auf die Anlegebrücke springen müssen. Selbstverständlich ist dabei, daß sie durch die häufige Gewöhnung gegen die Gefahr abgestumpft werden und sich andererseits auch durch Pflichterfüllung bei ihren Vorgesetzten empfehlen wollen. Zaghafte Kimpferlichkeit gilt auch auf den Booten der Wechsel am allerwenigsten.

Natürlich trägt die unverantwortliche Haltung des geminnungs-losen Blattes nicht dazu bei, die Gesellschaft zur Milderung ihres Verhaltens zu bewegen. Der arme Junge ist tot. Nach wie vor müssen aber trotz seines traurigen Endes seine Kollegen den Sprung tun, der ihn zum allzufrühen Tode führte.

Kaiserliche Werkst. Eine neue Handhabe, die Arbeiter in ihrem Verdienste zu schmälern, wendet seit längerer Zeit der Obermeister Kolbe im Maschinenbau-Werkstoff 4 an. Schon im Februar und im März d. J. genehmigte der Herr nicht die zwischen den Werkführern und Arbeitern vereinbarten Entwürfe der Akkordverträge, es kam sogar vor, daß fertig ausge-schriebene Akkordverträge vernichtet wurden. Seit Freitag, den 11. Juli, treibt der Obermeister die von den Werkführern eingereichten Entwürfe von Akkordverträgen ganz. Über die Ursache dieser Handlungsweise befinden sich die Arbeiter im Dunkeln. In Arbeiterkreisen ist man der Ansicht, daß die Behörde diese Anordnung nicht bestimmt hat, sonst würden die Werkführer keine Akkorde vereinbaren, geschweige noch vorlegen. Die Handlungsweise des Obermeisters ist daher unverständlich, weiß doch auch dieser Herr, daß jeder Arbeiter, auch Staats-arbeiter entgegen seiner Ansicht mindestens soviel verdienen muß, daß er jede Woche ein reines Hemd anziehen und nicht sechs Wochen damit gehen kann. Hohe Lebensmittelpreise, steigende Mietpreise und Steuern aller Art belasten den Ar-beiter ungewöhnlich. Ehrensache, schreibt die Werkst laut Tagesbefehl, ist es für jeden Arbeiter, Steuern zu zahlen. Wir fragen, wovon? Hoffentlich weist die Behörde den Ober-meister an, daß bei vereinbarten Akkorden, wenn diese schriftlich niedergelegt und dann gestrichen werden, mindestens dem Arbeiter die Ursache der Streichung mitgeteilt wird.

Geistlich behütete Kinderarbeit. Unweit der Kirche Sankt Ignatius in Altschottland wird am Adamauser für die Agitations-zwecke der Schwarzen ein katholisches Gemeindehaus erbaut. Den Bau stellt der Unternehmer Mirzcher her. Es interessiert sich da-für aber auch der erste Pfarrer der Kirche, Behrendt. Ueber Ma-gel an Bauarbeitern wird zur Zeit gewiß nicht geklagt. Es besteht vielmehr im Baugewerbe drückender Arbeitsmangel und mancher Familienwater weiß selbst im Sommer nicht, wie er seine Familie ernähren soll. An diesem frommen Bau sind trotzdem aber Hilfs-kräfte tätig, die man dort am allerwenigsten erwarten sollte. Passanten haben die Wahrnehmung gemacht, daß schon seit mehre-ren Wochen eine Anzahl schulpflichtiger Kinder auf der Baustelle tätig ist. Sie verrichten Erd- und Begearbeiten, bewaffnet mit Spaten, Spaten und Karren. Sie sollen sogar Ausschachtungs-arbeiten für das Gebäude ausgeführt haben.

Und das alles geschieht mindestens unter den Augen des Pfarrers. Es wird sogar vermutet, daß dessen Anregung diese „Kinder“arbeit veranlaßt hat. Jedenfalls wird ein Wort des Geist-lichen genügen, um dem groben Anflug der Beschäftigung der Kin-der, die dem Kinderschutzgesetz aufs schwerste widerspricht, schleunigst ein Ende zu machen.

Feuerwehrlente als Bauhandwerker! Zu den von Feuer-wehrlenten in dem von der Brandgasse 4 nach Maufegasse 18 durchgehenden Grundstück noch heute ausgeführten Bauarbeiten,

wird uns von zuständiger Seite noch mitgeteilt, daß diese von Feuerwehrlenten ausgeführten Bauarbeiten nicht etwa kleine Repa-raturarbeiten sind, sondern daß es sich um recht erhebliche Bau-arbeiten handelt, für die, wenn sie von einem Baugewerbetreibenden ausgeführt würden, vor dem Beginn die baupolizeiliche Erlaubnis dazu eingeholt werden müßte. Ein Speicher soll ebenfalls zu Wohnungen eingerichtet werden. Es arbeiten zeit-weise bis acht Feuerwehrlente. Wird der Magistrat endlich die Veranlassung nehmen, die Leute zurückzuziehen? Und wie stellt sich denn die Baupolizei zu der Sache?

Der Sparverein Arbeiter-Druckerei Westpreußen hielt am 10. Juli in der Maurerherberge seine Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht hat sich das Vermögen des Vereins auf 10 385,27 Mark vermehrt. Der weitaus größere Teil ist jedoch von Organisationen eingezahlt. Die Beteiligung privater Einzahler ist noch nicht in der wünschenswerten Weise erfolgt. Nach kürzerer Debatte wurde dem Vorstände einstimmig Decharge erteilt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Barfel, Vorsitzender; B. Reel, stellvertretender Vorsitzender; B. Benete, Kassierer; R. Schulz, Schriftführer. Als Revisoren wurden die Genossen A. Finken, E. Zimmer und Schulz-Ebling wieder-gewählt.

Die Mobilisierung der Ärzte gegen die Krankenkassen hat auch in Danzig begonnen. Der ärztliche Verein hat bereits sämt-lichen Kassen die Beiträge zum 31. Dezember gefordert. Es soll auch hier versucht werden, den Kassen den Mustervertrag des Leip-ziger Ärzteverbandes aufzuzwingen, den alle nomhaften Kassen-organisationen ohne Unterschied der Richtung für unannehmbar erklärt haben. Die neuen Vorschläge der Leipziger Ärzteorgani-sationen sind nur durch die Monopolstellung zu verteidigen, deren der Verband sich sicher zu sein glaubt. Die Kassen würden dadurch in einer Weise gebunden, die sie ihrer Bewegungsfreiheit fast völlig beraubt, und zudem finanziell außerordentlich stark belastet werden.

Von einem Unteroffizier übergriffen wurde der Genosse Stiemer am Montag Morgen in der Nähe des Bahnhofes. Stiemer kam mit seinem Rade von Langfuhr und wollte in die Pfefferstadt einbiegen. Vom Faulgraben her nahte ein Trupp Artillerie. Die Überquerung des Fahrbanimes gelang unserem Freunde nicht rechtzeitig, das bäumende Pferd eines der Begleit-mannschaften der Geschütze warf ihn zu Boden. Der Reiter stürzte ebenfalls aus dem Sattel, während sein Pferd in die Respannung eines Geschützes hineinkam und dort von einigen Kanonieren fest-gehalten wurde. Der Artillerieunteroffizier ist unversehrt geblieben. Stiemer wurde durch die Pferdehufe so schwer im Gesicht ver-wundet, daß er ärztliche Behandlung nachsuchen mußte.

Unfälle bei Schichau. Der fällige Unfall ereignete sich am 10. Juli, indem am Bau eines Schiffes eine zirka 5 Meter lange Geländerstufe in den Schiffsraum stürzte und einen unten beschäftigten Arbeiter traf. Dieser mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Sonderbar! Eine Geländerstufe, ein Gegenstand, an dem sich Arbeiter bei einer schwierigen Passage halten und stützen, fällt in den Schiffsraum. Sie ist jedenfalls mit vieler Sorgfalt befestigt gewesen.

Der Student Zymny, dessen Sturz von der Treppe wir in letzter Nummer meldeten, ist im Krankenhause an den Folgen der Verletzung gestorben.

Druckfehlerberichtigung. In der vorigen Nummer befand sich ein Inserat der Firma Bogusch, Musikwarenhandlung in der Hundegasse. Es ist in der Anzeige ein Versehen unter-laufen und die Adresse statt Hundegasse 1 Hundegasse 13 an-gegeben. Wir stellen den Irrtum hiermit richtig.
Die Expedition.

Elbing-Marienburg.

Aus der Stadtverordneten-Sigung.

Die Tagesordnung wies am 11. Juli nur Gegenstände von untergeordneter Bedeutung auf. Besonderes Interesse erweckten nur die Vorlagen betr. Vergrößerung des Exerzierplatzes und der Errichtung eines Flugstützpunktes. Gewaltige Beträge sind bereits zugunsten der Garnison bewilligt worden, obgleich kein Mensch weiß, woher diese Millionen kommen bei den gegenwärtigen ungünstigen Geldmarktsverhältnissen genommen werden sollen. Solche Schwie-rigkeiten hindern jedoch nicht, daß Freunde des Militarismus immer erhöhte Ansprüche stellen. Jetzt fordern sie eine Vergrößerung des Exerzierplatzes von 52 Morgen. Der Besitzer des in Betracht kommenden Geländes macht sich Molochs Heißhunger zunutze und verlangt — der Patriotismus der besitzenden Klasse geht bekanntlich nur bis zum Geldbeutel — die Kleinigkeit von 800 Mark pro Morgen, sodaß die Stadt 41 600 Mark mehr aufzubringen hat. Unnötig zu sagen, daß das Bürgertum und dessen Vertretung alles herunterzuschluckt. Wohl bekomms!

Bei Schillingsbrücke soll eine Halle für Flugzeuge errichtet werden. Kostenpunkt 21 000 Mark. Der Fiskus hat hier-zu eine Subvention in Form der Verzinsung des Anlagekapitals auf zunächst vier Jahre in Aussicht gestellt. Die Versamm-lung genehmigt das Projekt.

Auf Grund des Angestellten-Vericherungsgesetzes wurde eine Revision des Ortsstatuts über die Versorgung der Kommunal-beamten notwendig. Während für die höheren Beamtenklassen Anstellung auf Lebenszeit gebräuchlich ist, unterstehen die meisten Beamten der unteren Schichten einer dreimonatlichen Kündigung. Das neue Gesetz sieht hier einige Ergänzungen vor, denen die Vor-lage Rechnung trägt. Einspruch wurde von unseren Genossen nur dagegen erhoben, daß bei Differenzen zwischen Stadtgemeinde und einzelnen Kommunalbeamten der Vorstand des Preussischen Städte-tages endgültig entscheiden solle, den Beamten also die Mög-lichkeit genommen wird ihre Rechte auf anderem Wege weiter zu verteidigen. Gegenüber diesen Einwänden verteidigte der Magistrat seinen Entwurf mit dem Hinweis darauf, daß der Preussische Städtetag ein Organ der Selbstverwaltung sei und daher Vertreten-der sei. Ob in der Praxis noch ernstlich von einer Selbstver-waltung die Rede sein kann? Die Vorlage wird angenommen, der Abänderungsantrag unserer Genossen abgelehnt.

Die Kanalisierung der Hommel in der Nischmann-Straße hat zirka 16 000 Mark erfordert. Diese Kosten sollen aus allge-meinen Stadtmitteln gedeckt und nicht, wie in anderen Fällen, durch Anfeigerbeiträge aufgebracht werden. Unsere Genossen wider-sprachen, da durch die Kanalisierung die Nischmann-Straße und ihre Umgebung sich aus wüstem Gelände zu einem vornehmen Viertel entwickeln hätten und darum die Grundrente dort gewaltig gestiegen sei. Die Übernahme der Kanalisierungskosten auf die Allgemeinheit sei deshalb als ein Geschenk an die in Frage kommen-den Hausbesitzer zu betrachten. Jedoch Hausbesitzer-Interessen hin-

den erfahrungsgemäß in der Stadtwirtschaft vornehmliche Berücksichtigung.

Ein Antrag unserer Genossen, zu dem im September in Leipzig stattfindenden Verbandstag Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte Abgesandte aus Beisitzerkreisen zu entsenden wurde nach einer teilweise kuriosen Aussprache abgelehnt. Zum Schluß gelangte eine von unseren Genossen veranlaßte und auch von einigen Bürgerlichen unterstützte Interpellation wegen der Wohnungs-Verhältnisse zur Besprechung.

Das Rad der Jaroslawa ist nach Elbing eingeschleppt. Die Vergungs- und Reparaturkosten belaufen sich nach vorläufiger Schätzung auf 25 000 bis 30 000 Mark.

Das kommt von der „patriotischen“ Erziehung. Der Vorstand des Kreises Marienburg gibt an die Gemeindevorstände und Ortsauschüsse für die Jugendpflege des Kreises Marienburg folgenden Ministerialerlaß zur Kenntnis:

Der Gebrauch von Schießgeräten bei Veranstaltungen für die Jugendklassen männliche Jugend führt leicht zu Unzuträglichkeiten und Unfällen.

Ich erlaube daher ergebenst, diesem Gebrauch durch Vermittlung der Jugendpflegeauschüsse und in sonst geeigneter Erscheinender Weise entgegenzuwirken.

Da haben wir's ja: Die Weister, die ich tief, ich werde sie nicht wieder los.

Eine Ainderstraße fanden Marienburger Schulknaben im Mühlengraben vor. Sie war in eine Pappschachtel gepackt und muß bereits einige Tage im Wasser gelegen haben. Von der Mutter fehlt bisher jede Spur.

Eine Feuersbrunst in Altrosengarth vernichtete Wohnhaus, Stall und Scheune des Besitzers Schiente.

Danzig-Land.

Verhaftungen nahm die Polizei in Odra und in Braust vor. In Odra einen Arbeiter, der dem Gastwirt Kottau 75 Mark aus der Kassenkassette entwendet haben soll, in Braust einen Arbeiter und einen Schuhmacher, die dort mehrere Einbruchsdiebstähle verübt hatten.

Das Ende des Arbeitsveteranen. Der 72 Jahre alte Rentempfangler Labudda erhängte sich in der Heubuder Forst. Motiv: Nahrungsorgen.

Graudenz-Strasburg.

Von der Graudenger Parteibewegung. In einer am Sonntag nachmittag abgehaltenen Volksversammlung sprach Genosse Leu-Danzig über Heeresvorlage und Volksinteressen. In der Hand von reichem Material konnte Redner das Treiben der kapitalistischen Gesellschaft zur Erlangung von Lieferungen für das Heer, sowie den „patriotischen“ Rüstungswahnstellen. Rückblicke auf die Jahre 1806 und 1813 im Gegensatz zur neuen Wehrvorlage und den offiziellen Jubiläumstagen von 1913 erläuterten den Vortrag. Wenn auch die Besitzenden durch den Wehrbeitrag einstweilen die Kosten tragen müßten, so würden sie doch versuchen, diese bald wieder auf die werktätige Bevölkerung abzuwälzen. Am fehlenden Saugtrage, Wächnerinnen, Mutter- und Arbeiterschut, sowie an den Wirkungen der Zoll- und Steuerpolitik zeigte der Redner, welchen „herrlichen Tagen“ wir entgegenzusehen werden sind. Unter dem System des stehenden Heeres könne von der Wahrnehmung der Kulturaufgaben keine Rede sein. Mit dem Appell, durch unermüdbare Aufklärungsarbeit den feigen Boiken in Graudenz so zu bearbeiten, daß der Same des Sozialismus in immer weitere Kreise getragen werde, schloßen die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion wurden sie durch einen Redner ergänzt.

Auch die flawischen Parias erwachen. Im Kreise Strasburg liegt das Ansehensgut Swierczyn. Auf der Besichtigung wurden — auch ein Beitrag zum „Patriotismus“ der haka-

stischen Polenpfeifer! — 25 russisch-polnische und 25 ruthenische Arbeiter beschäftigt. Der Oberinspektor Radzke behandelte die Leute schlecht. Auch das Schmalz und das Brot, das sie geliefert erhielten, war ungenießbar. Kurz entschlossen traten die Slawen in einen Streik. Sie begaben sich nach dem Grenzamt und verlangten Rückbeförderung in die Heimat oder andere Arbeitsstellen. Da die Leute nicht zu entbehren waren, mußte die Gutsverwaltung mit ihnen verhandeln. Sie wählten eine Kommission, der es gelang, die Entfernung des Oberinspektors von dem Gut und die Zusage besserer Verpflegung durchzusetzen.

Zum Kampfe rüsten! Der Magistrat von Graudenz erläßt folgende Bekanntmachung:

Die drei Abteilungswahlen der zur Wahl der Stadtverordneten berechtigten Personen werden in der Zeit vom 15. bis einschließlich 20. Juli d. Js. im Zimmer 23 des Rathauses während der Dienststunden offen gelegt werden.

Einwendungen gegen die Richtigkeit der Listen sind bis zum 20. Juli d. Js. bei uns einzubringen.

Graudenz, den 11. Juli 1913.

Der Magistrat.

Für jeden, der nicht nur Steuern zahlen, sondern auch ein Wörtchen bei der Wahl der Stadt „väter“ mitreden will, ist es selbstverständlich, daß er den Weg zum Wahlbureau nicht scheut. Wer sich sein Wahlrecht sichern will, sieht die Liste ein. Das Jetern am Wahltag kann nichts helfen.

Ertrunken. Bei einer Schwimmbadung ertrank der Pionier August vom Graudenger Pionierbataillon.

Ihorn-Kulm-Briesen.

Verhaftung eines Staatsbramten. Der Amtsgerichtsfreier Tunkel in Ihora wurde unter der Beschuldigung des Verbrechens im Amte und des Betruges in Untersuchungshaft genommen.

Die „Liebe“ zum bunten Rod. Die Ihorner Strafkammer verurteilte 51 junge Leute, die sich ihrer Militärpflicht durch Auswanderung entzogen haben, zu je 160 Mark Strafe. Diese Urteile werden wahrscheinlich nie vollstreckt werden. Die Welt ist weit und bis Rußland und Amerika reicht der Arm der preussischen Justiz nicht, so mächtig er auch im Lande sein mag.

Das Warenhaus der Gebrüder Ramutowski in Briesen wurde von einem Brande betroffen. Einen Teil der unteren Räume gelang es zu retten. Im Warenlager aber ist, was das Feuer übrig gelassen, durch das Wasser zerstört.

Berichtliches.

Ein Kriegsgerichtsurteil.

Das Urteil des Erfurter Kriegsgerichts über 7 Arbeiter, die für eine Wirtschaftsbargerei mit Gendarmen auf lange Jahre ins Zuchthaus wandern, hat den Reichstag veranlaßt, unter dem Eindruck des allgemeinen Schreies über die Möglichkeit solcher Urteile die Regierung zu einer kleinen Konzession an die Humanität in der Militärgerichtsbarkeit zu zwingen. Daß diese jedoch in bestimmten Fällen schon jetzt zu sehr milder Auffassung kommen kann, lehrt ein Fall, der vor dem Dresdener Kriegsgericht verhandelt wurde. Ueber ihn berichtet die Dresdener Rundschau:

„Wegen gemeinschaftlicher und gefährlicher Körperverletzung unter rechtsmüßigem Waffengebrauch hielten sich die beiden Bizeidwibel Neumann und Grünwald vom hiesigen Grenadierregiment Nr. 101 zu verantworten. Sie waren in der Fastnacht nacht mit dem Fleischergeßellen Raals in Differenzen geraten, dem die Frau Neumann mit einem sogenannten Liebespfeil zweimal die Zigarre aus dem Munde gewedelte hatte. Nun soll einer der beiden Angeklagten — ihre Frauen gingen einige Meter voraus — dem sich nach seiner Zigarre bückenden Raals einen Säbelhieb versetzt haben. Als Raals sich gegen den Angreifer wandte, soll er einen zweiten Säbelhieb ins Gesicht erhalten haben. Um weiteren Tötlichkeiten zu entgegen und die Personalien durch die Säbelnummer feststellen zu können, versuchte Raals nunmehr, R. den

Säbel zu entziehen. Es kam dabei zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf der an Gesicht und Händen furchbar blutende Raals noch ärger verprügelt wurde. Auf der Polizeiwache, wo das Kontre schließlich endete, stellte sich ein Schutzmänn, wie behauptet wurde, auf die Seite der beiden Feldwibel: „Wenn mir das passiert wäre“ — er meinte das verübte Entziehen des Säbels — „ich hätte ihn gerpakt!“ Die beiden Feldwibel stellten gegen Raals Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft. R. wurde aber freigesprochen. Daraufhin wurde gegen Neumann und Grünwald das Verfahren eingeleitet. Es endete mit einer — Freisprechung. Das Urteil führte aus, daß die Schläge ins Gesicht und die Bedrohung nicht erwiesen seien, daß die Verletzungen im Gesicht beim Ringen um den Säbel entstanden sein konnten, und ein Säbelhieb über den Handrücken in der Notwehr geführt wurde.“

Zwischen den beiden Urteilen klafft eine Lücke. Raals ist vom ordentlichen Gericht freigesprochen. Wenn aber das Urteil des Kriegsgerichts eine Notwehr der beiden Bizeidwibel annimmt, muß sie ja wohl Raals sträflich in Not gebracht haben. — Dann müßte er doch bestraft werden!

Welches Urteil soll die Öffentlichkeit nun für zweifelsfrei ansehen?

Briefkasten der Expedition.

In den letzten Tagen sind uns wieder brieflich eine Anzahl Abonnements auf die Volkswacht ohne Angabe von Strafe und Hausnummer zugegangen. Leider war es uns nicht möglich, in allen Fällen die Strafe und Hausnummer zu ermitteln, was wir zu entschuldigen bitten.

Nach Marienburg. Sie haben vergessen, die Strafe und Hausnummer anzugeben. Aus diesem Grunde mußte die Bestellung leider unterbleiben.

Ein Sieg der deutschen Industrie!



LUPA
Cigaretten

2 Pfg. das Stück

Oriental Tabak u. Cigarettenfabrik, Verlags, Dresden
Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S.M.d. Königs v. Sachsen

Kredit

gewähre ich jedermann bei Einzahlung von

Möbeln

Polstermöbeln

Gardinen

Abzahlung 1 Mk. pro Woche an. Freie Lieferung

Das vornehme Kredithaus in Danzig Nic. Pindo Nacht.

M. Grau,
Danzig, Holzmarkt 4

Verlangen Sie meinen Prachtkatalog. Zusendung gratis und franko.

Zähne 100 und 180 M.

ohne Extraberechnung der Kautschukplatte Norddeutsche

Zahn-Praxis „Reform“

Danzig Pfefferstadt 7A

Telefon No 2621

(Am Kassabischen Markt, 2 Minuten vom Bahnhof)

Auswärtige werden möglichst in einem Tage behandelt.

Sprechzeit von 8-8 Uhr, Sonntags von 9-2 Uhr.

Für Mk. 1,- und Mk. 1.50 liefere Zähne, welche verschiedenlich mit Mk. 3,- und mehr bezahlt werden müssen, und gebe ich trotz der billigen Preise 10 Jahre reelle schriftliche Garantie für Haltbarkeit.

Allein-Anfertigung für Danzig.

Patent- D.R.P. Nr. 200603 Gebiss

„Reform“ ohne Platte.

Bei Bestellung von künstlichen Zähnen das Zahnziehen kostenlos.

Zahnziehen in den meisten Fällen fast schmerzlos

à 1 Mark.

Nach Aussagen und Anerkennungs schreiben meiner Patienten vollständig schmerzlos.

Plomben an 2 M., Reparaturen an 1 M.

Gesangverein Sängergruh.
Mittwoch, den 16. Juli, pünktlich 8 1/2 Uhr
Außerordentliche Gesangstunde.
Um regelmäßiges Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein Danzig-Stadt.
5. Bezirk (Langfuhr).
Sonntag, den 20. Juli, morgens 8 Uhr
Waldpartie nach Oliva-Zoppot.
Treffpunkt: Langfuhr, Marktplatz.
Näheres durch Handzettel.
Es wird zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Bezirksführer.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.
Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr im großen Saale des Herrn Steppuhn, Sächlich

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1913.
2. Bericht und Neuwahl der Pressekommission.
3. Wahl von Genossen in den Bildungs- und Jugendausschuß.
4. Sekretariatsfragen.
5. Verschiedenes.

Die Parteileitung. J. A.: E. Sellin.

Agitiert für die Volkswacht!